

J. Can. P.

989

J. Can D 989

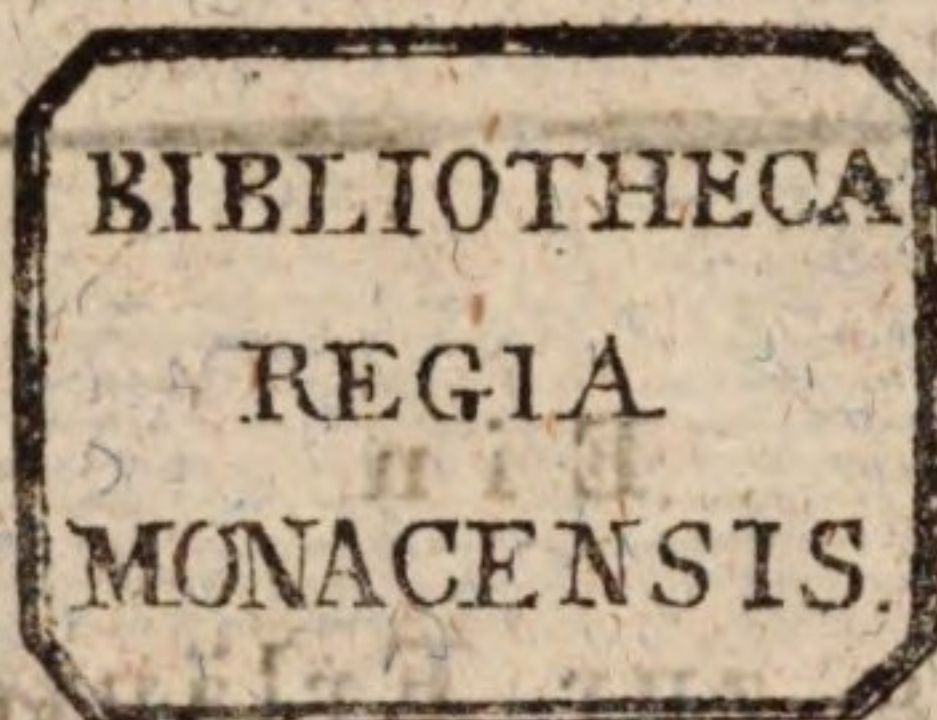
Jus Canon

m
U e b e r
die S u s t e n t a t i o n
d e r
in die Capituls-Pfründen
nachrückenden Domicellaren.

E i n
Beytrag zur Erläuterung
der §§. 53. 54.
des Deputations-Schlusses
vom Jahre 1803.

Bamberg und Würzburg,
bey Joseph Anton Goebhardt
1 8 1 2.

97



Vorerinnerung.

Dem Verfasser war es ein Vergnügen,
bey dem Monumente der Gerechtig-
keit, des Bidersinnes und der Ach-
tung für Privatrechte ein wenig zu
verweilen, welches sich das deut-
sche Reich durch die §. §. 53. 54. 64.

des Deputations - Hauptschlusses vom Jahre 1803. gesetzt hat. Man kann die Festhaltung der Grundsätze, die schützende Vorsicht, die Weisheit und Schonung nicht genug bewundern, die hier in wenigen gesetzlichen Verfügungen vereinigt sind, um das Wohl so vieler Familien und Individuen zu retten, die auf einem Schlage ihres Eigenthumes und der freudigen Aussicht des Lebens be-

raubet werden mußten, um das Ganze zu erhalten.

Das deutsche Reich mit allen seinen Gesetzen und verfassungsmässigen Instituten ist untergegangen; nur dieses Gesetz bestehet noch in seiner Kraft, und ist uns um so schätzbarer geworden, da auch die Acte der Bundesstaaten seine Gerechtigkeit anerkannt, und es sich angeeignet hat. Schöner und mit beruhigenderen Hoff-

nungen konnte die alte Ordnung der Dinge nicht endigen, die neue nicht beginnen.

Dienen meine Betrachtungen, die Rechte der in die Capituls - Pfründe nachrückenden Domicellaren klar zu entwickeln, die Willkühr davon abzuhalten, und näher zu bestimmen, worin die ihnen nach dem Gesetze gebührende Sustentation bestehen sollte; so habe ich meinen Zweck errei-

chet. Diese Präbendirten scheinen mir vor Allem des Schutzes zu bedürfen. Bey der Auflösung der Stifte ward ihrer nicht gedacht; nunmehr aber beraubt man sie des Vortheiles des mit den damahligen Capitularen getroffenen Vergleiches, und kehret selbst das Gesetz, auf das sie vertrauen müssen, gegen sie. Ich wünschte darum diese Bogen in dem Geiste zu schreiben, in welchem es verfas-

set ist, um mich von der Linie der
Wahrheit und Gerechtigkeit so we-
nig, als es selbst, zu entfernen.
Nur dadurch darf ich hoffen, diesen
Blättern einigen Werth zu geben, und
ihnen zu nützen.

Der Verfasser.

Ueber
die Sustentation
der
in die Capitulspfründen
nachrückenden Domicellaren.

§. 1.

Die Gesetze des Deputationsschlusses rücksichtlich der den Stiftsgeistlichen auszumittelnden Sustentation sind folgende:

§. 35. Alle Güter der Stifte, Abteyen, Klöster, mittelbarer sowohl als unmittelbarer, werden der freyen und vollen Disposition der respectiven Landesherrn -- überlassen, unter dem bestimmten Vorbehalte der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit nach den unten theils wirklich bemerkten, theils noch unverzüglich zu treffenden Bestimmungen.

§. 53. Zu ihrer Sustentation sind den Domcapitularen, Dignitariis und Canoni-

cis der Ritterstifte neun Zehnthetheile ihrer ganzen bisherigen Einkünfte, und zwar jedem Einzelnen, was er bisher genossen hat, zu belassen.

Die Domicellaren da, wo sie wirklich schon einigen Genuß ihrer Präbenden bezogen haben, werden in der Quote ihrer Sustentation den Capitularen gleich gehalten, und rücken hiernächst, falls sich der Landesherr nicht im andern Weg mit ihnen abfindet, in die vacirend werdenden Capitulspfründen.

§. 54. Capitularen und Domicellaren der Ritter- und Mediatstifte, welche nach den verschiedenen Statuten der Stifte, entweder erst nach dem Ablaufe der Carenzjahre oder nach eintretenden andern Verhältnissen zum Genusse kommen, sobald sie nur in dem wirklichen Besitze ihrer Präbenden sind, haben ganz gleiche Rechte, als diejenigen, welche sich wirklich schon im Genusse ihrer Präbenden befinden.

§. 64. Mit den Mediatstiften, Abteyen, und Klöstern ist es ganz auf dem nämlichen Fusse, wie hieroben von den unmittelbaren angeordnet worden, zu halten.

Es behalten nämlich die Canonici der Medi-
diatstifte, welche aufgehoben werden, nebst
ihren Wohnungen 9 Zehntel ihres bisheri-
gen Einkommens, die Vicarien aber das
Ganze, die Domicellaren 9 Zehntel dessen,
was sie etwa wirklich schon bisher bezo-
gen haben, und rücken den Capitularen
nach.

§. 2.

Um den Sinn dieser gesetzlichen Be-
stimmungen zu fassen, ist vor Allem nö-
thig, die der Stiftsgeistlichkeit durch die
Collation und Investitur einer Präbende
erworbenen Rechte zu kennen. Durch die
Collation und Investitur erwirbt der neu
aufgenommene Canonicus ein wahres Ei-
genthumsrecht auf die stiftische Präbende und
die statutenmäßigen Einkünfte derselben,
) obgleich ihr Genuß nach den verschie-
denen Einrichtungen der Stifte durch ge-
wisse Carenzjahre, durch den Eintritt in
das Capitul, und im Capitul selbst durch
das Alter und den Rang öfters bedingt ist,
oder seyn kann. Dieses erworbene Recht

*) c. 17. de praeb. in 6to.

auf die sämmtlichen Einkünfte einer stiftischen Präbende ist daher von dem wirklichen, durch gewisse Stufen vertheilten Genusse ganz unabhängig; vielmehr wird durch dasselbe der Anspruch auf den nachherigen Genuss in Gemäfsheit der Statuten erst begründet. Dieses wohl erworbene Recht der Stiftsgeistlichkeit auf das Einkommen der Stiftspfründen, und zwar in der angeordneten Stufenfolge hat der Deputationshauptschluss wohl anerkannt, und einen Beweis seiner Achtung für Privateigenthum, selbst im Drange der Zeiten, dadurch gegeben, dafs er nicht nur den Domicellaren, die schon einiges Einkommen von ihrer Präbende genossen hatten, das Nachrücken in die Capitulspfründe, sondern auch jenen Capitularen und Domicellaren, welche nach den verschiedenen Statuten der Stifte entweder erst nach dem Ablaufe der Carenzjahre oder nach eintretenden andern Verhältnissen zum Genusse kommen, sobald sie nur im wirklichen Besitze ihrer Präbenden sind, ganz gleiche Rechte mit denjenigen vorbehalten hat, welche sich wirklich schon im Genusse ih-

rer Präbenden befinden. Der Deputationshauptschluss ist demnach ganz auf die Grundsätze des gemeinen Rechtes gebauet, wie wir in der Folge noch mehr sehen werden, und schliesset auch in der Anwendung auf die einzelnen Fälle die stiftischen Statuten nicht nur nicht aus, sondern leget ihnen volle verbindende Kraft bey.

Doch, ehe wir weiter fortschreiten, ist es nicht unwichtig, die dem Gesetze vorhergegangenen Verhandlungen näher zu kennen.

§. 3.

Der Gegenstand der für die Geistlichkeit der zur Entschädigung bestimmten Stifte zu treffenden Fürsorge ward Sess. II. zuerst von Chur-Mainz als ein solcher zur Sprache gebracht, welcher seiner Natur nach alsbald und zugleich mit der Entschädigung der fürstlichen Häuser bestimmt werden müsse, und worüber unverzüglich allgemeine Regeln festzusetzen seyen. Die übrigen Deputirten des Reiches fanden dies eben so gerecht als billig, und traten dem von Chur-Mainz geäußerten Wunsche vollkommen bey. Es

ward daher in den Beschlufs mit aufgenommen Sess. III: „Man glaube die menschen-
„freundlichen Gesinnungen und Absichten
„der beyden vermittelnden Mächte nicht zu
„verfehlen, wenn man bemerke, dafs bey
„dem, hienächst über die Bestimmung der
„Entschädigungen besonders zu fassenden,
„endlichen Schlusse festzusetzen seyn wer-
„de, dafs jeder Beschädigte bey wirklicher
„Ueberkommung seiner Entschädigungs-
„lande auch zugleich den anständigen Un-
„terhalt aller, bisher in solchen Landen ihre
„constitutionelle Existenz gehabtten Perso-
„nen mit zu übernehmen habe, und hier-
„über in diesem Schlusse bestimm-
„te Regeln festzusetzen seyen.

Sess. IX. X. vereinzelte Chur – Mainz
auf geschehene Aufforderung diesen vielum-
fassenden Gegenstand, und setzte die ver-
schiedenen Classen der Personen, derer
Loos zu berücksichtigen sey, auseinander.

Merkwürdig sind die Grundsätze, von
welchen die Reichsdeputirten in ihren Ab-
stimmungen ausgegangen sind, oder die
Gesinnungen der Gerechtigkeit und Bil-
ligkeit, die sie hiebey zu Tage gelegt ha-

ben; denn sie verbreiten Licht auf die gezogenen Beschlüsse, fixiren den Gesichtspunkt, und dienen zur Auslegung und Anwendung des aufgestellten Gesetzes.

Nachdem der chursächsische Subdelegirte Sess. XV. bemerkt hatte, dafs die Fürsorge für alle diejenigen Personen, welche durch die im Frieden bedungene Entschädigung ganz uuverschuldet genöthiget worden sind, ihre bisherige constitutionelle Existenz aufzuopfern, die größte Beherzigung verdiene, und dem gesammten Reiche eben so wichtig seyn müsse, als die Vertheilung der Entschädigungen selbst, da das Reich gegen diese eine nicht geringere Verbindlichkeit auf sich nehme, als gegen jene, welche durch Abtretung des linken Rheinufers ihre Besitzungen verloren haben, stellet er als allgemeinen Grundsatz, der nur nach den verschiedenen Verhältnissen und Fällen verschieden zu modificiren seyn werde, auf:
„dafs der Zustand der bisherigen Besitzter der geistlichen Staaten und der darin ihre constitutionelle Existenz haben-

„den Personen, soviel möglich erhalten
„oder doch auf alle thunliche Weise er-
„leichtert werde, in so weit nämlich diefs
„mit der nöthig befundenen Säcularisation
„vereinbarlich ist.“

Der Hoch- und Teutschmeisterische Sub-
delegirte erklärte sich Sess. XVI. für die
Erhaltung der Dom- und Nebenstifte, und
zwar der ersten, als zur katholischen Kir-
chenverfassung gehörigen Institute — und
der andern als Versorgungen und Beloh-
nungen des Adels, des gelehrten und geist-
lichen Standes. Rücksichtlich der unmit-
telbaren Ritterstifte glaubte derselbe dahin
antragen zu können, dafs keinem der le-
benden Mitglieder derselben etwas an sei-
nen bisherigen Einkünften zu entziehen
sey, und dafs jedem, der durch das Ab-
sterben eines Dignitarii zu der vacanten
Dignität in Zukunft gewählet werden wür-
de, auch das der Dignität anklebende Plus
der Revenüen zufallen müsse.

Der Churböhmische Subdelegirte macht
sich Sess. XVII. die Abstimmung des Chur-
sächsischen und Teutschmeisterischen eigen,
und ersuchet das Directorium bey der Auf-

nahme des Conclusums, so oft hiebey ein Zweifel über die, den einzelnen Vorsehungen zu gebende gröfsere oder geringere Weite eintreten möchte, Churböhmen immer in dem begünstigsten Sinne zu zählen.

Die Churbrandenburgische, Sess. XVIII, die Baierische, Hessencasselische und Württembergische Subdelegation Sess. XIX, sprechen in demselben Geiste von der Pflicht des Reiches, das Schicksal der schuldlosen Opfer des Friedens möglichst zu lindern, und erkennen die für den angemessenen lebenslänglichen Unterhalt zu treffende Vorsorge, als eine Forderung der Gerechtigkeit an; insbesondere lassen Se. herzogliche Durchlaucht von Württemberg darauf antragen, dafs für die hohe und niedere Geistlichkeit auch alle Classen von Dienern, welche in den zur Entschädigung bestimmten geistlichen Ländern und Gebieten bisher ihre constitutionelle Existenz hatten, auf eine Art gesorget werde, damit dieselben die bevorstehenden Veränderungen in den Folgen auf ihre Verhältnisse so

wenig als möglich, empfinden mögen. Der Subdelegirte glaubte demnach in Gemäßheit dieser gerechten Gesinnungen davon ausgehen zu müssen, daß denselben durch aufzustellende feste Grundsätze, ohne sie irgend einer Willkühr bloßzustellen, soviel es nur immer mit der vorgehenden Säcularisation und Regierungsveränderung vereinbarlich ist, die Fortdauer des bisherigen Zustandes ihrer persönlichen und amtlichen Verhältnisse sicher gestellet werde.

Demnach ward Sess. XX. das Conclusum gezogen: „Da es Pflicht des Reiches
„sey, das Schicksal der schuldlosen Opfer des Friedens möglichst zu lindern,
„und sie irgend einer Willkühr
„nicht auszusetzen, sondern ihre
„persönlichen und amtlichen Verhältnisse eben so, als ihren künftigen lebenslänglichen Unterhalt
„zu sichern, mithin für alle Classen der hierunter begriffenen Individuen

„bestimmte Vorsehung zu treffen,
„so sey festzusetzen und zwar:

Folgen nunmehr ad 2) und a) die oben
angeführten Gesetzes Entwürfe, §§. §§.
52. 53., welchen nach den Bemerkun-
gen der kaiserl. Plenipotenz noch der §. 54.
als in der Meinung der Reichsdeputation
liegend und dafür anerkannt, beygefüget
worden ist, Sess. XXVI.

Nach diesen geraden, offenen und rück-
haltlosen Verhandlungen müssen denn nun
auch die Gesetze, welche eben sowohl die
Erhaltung der bisherigen persönlichen und
amtlichen Verhältnisse, als den künftigen
lebenslänglichen Unterhalt der Stiftsgeist-
lichkeit sichern, und überall die Willkühr
ausschliessen sollen, erkläret, und in zwei-
felhaften Fällen der Sinn derselben als be-
stimmter Vorsehung entwickelt und an-
gewendet werden.

§. 4.

Betrachtet man die vorliegenden Ge-
setze mit einem prüfenden Auge, und su-
chet man sich Rechenschaft von den Bestim-
mungen zu geben, welche die Reichsdepu-

tation zur Sicherung der persönlichen und amtlichen Verhältnisse eben so, als des künftigen Unterhaltes der Stiftsgeistlichkeit getroffen hat; so führet die Analyse auf folgende Grundsätze der Gerechtigkeit und Billigkeit, die dieselbe befolget hat, zurück.

A. Die stiftische Verfassung der zur Auflösung bestimmten Stifte ist in Hinsicht der rechtlichen Folgen auf die persönlichen und amtlichen Verhältnisse und das statutenmäßige Einkommen der betreffenden Individuen als fortbestehend anzusehen, und selbst die Statuten jedes Stiftes bleiben zu diesem Zwecke in Kraft.

Daher ist vom Belassen der neunZehnteile des bisherigen Einkommens zur Sustentation — vom Nachrücken der Domicellaren in die vacirend werdenden Capitulspfründen — vom Ablaufe der Carrenzjahre oder von eintretenden andern Verhältnissen — von den rechtlichen Wirkungen des Besitzes einer Stiftspräbende und dem daraus hervorgehenden ganz gleichen Rechte jener Capitularen, und Domicellaren die nach den Statuten

noch nicht zum Genusse gelangen konnten, die Rede. Insbesondere gehet das den Domicellaren zugesicherte Nachrücken in die vacirend werdenden Capitulspfründen aus diesem Grundsatz hervor, und wenn die Reichsdeputation auf die Erinnerung der kaiserlichen Plenipotenz mit Recht erklärte, dafs der Inhalt des in Vorschlag gebrachten §. 54. ganz in ihrem Sinne liege, und ihn daher bereitwillig aufnehme; so setzt auch diese Erklärung den so eben ausgedrückten Grundsatz unstreitig voraus.

B. Der zweyte Grundsatz, von welchem die Reichsdeputation ausgegangen ist, bestehet darin: Die Geistlichkeit der aufgelösten Stifte soll zum anständigen Unterhalte 9 Zehntel des Einkommens ihrer Pfründen erhalten, oder der Pfründe-Ertrag soll die jedesmalige Grundlage der auszumittelnden Sustentation seyn, und die Norm oder die Quote sollen 9 Zehntel dieses Ertrages ausmachen.

Dieser allgemeine Grundsatz liegt der besondern Verfügung über die Sustentation der im wirklichen Genuss

se sich befindenden Capitularen und Domicellaren offenbar zu Grunde, oder ist vielmehr darin enthalten. Nur dadurch wird die Sustentation aller Stiftsglieder gesetzlich bestimmt, und überall keiner Willkühr Platz gegeben. Würde das Nachrücken der Domicellaren in die vacirenden Capitulspfründen und die den Capitularen und Domicellaren, welche von ihren Präbenden noch keinen Genuß hatten, gemachte Zusicherung ganz gleicher Rechte nicht auf die nämliche, nur in der Allgemeinheit aufgefaßte, Verfügung bezogen, nach welcher die Sustentation der im wirklichen Genusse sich befindenden Domicellaren und Capitularen regulirt werden soll; so würde entweder folgen, daß diesen der ganze Pfründe-Ertrag verabfolget werden müsse, oder ihnen dafür eine beliebige Pension könne und dürfe ausgeworfen werden, was doch der Deputationschluss durchaus und überall verhüten wollte; denn es läßt sich nicht denken, daß die Reichsdeputation, die für die Capitularen und Domicellaren, die schon im Genusse waren, besondere Vorsorge zu

treffen für nöthig erachtet hatte, diesen dieselbe Vorsorge habe entziehen, und mit den persönlichen und amtlichen Verhältnissen nicht auch die davon abhängende Sustentation habe sichern wollen.

Wenn demnach den Domicellaren durch das Nachrücken in die Capitulspfründe das persönliche und amtliche Capitularverhältniß zugesichert ist; so läßt sich wohl auch die rechtliche Folge nicht widersprechen, daß ihnen auch die capitularische Sustentation nach dem Mafsstabe der 9 Zehntel des gemeinen capitularischen Einkommens zugetheilt werden müsse; so wie daraus, daß der Deputationsschluss den des Genusses nach den Statuten noch nicht fähigen Capitularen und Domicellaren ganz gleiche Rechte mit jenen einräumet, die sich wirklich im Genusse befinden, hervorgehet, daß ihnen eine rechtlich – gleiche Sustentation, d. i. nach rechtlich – gleichem Einkommen und derselben Quote zu verabfolgen sey.

Durch diese gesetzlichen Verfügungen und die darin ausgesprochenen Grundsätze durfte die Reichsdeputation erwarten, daß

die personellen und amtlichen Verhältnisse der Stiftsgeistlichkeit eben so, wie ihre anständige Sustentation würde gesichert, die Willkühr überall ausgeschlossen, der Zustand derselben, so viel möglich, erhalten, und die eintretende Veränderung in den Folgen auf ihre Verhältnisse ihnen weniger fühlbar gemacht werden. Doch sehen wir, wie sie selbst diese Grundsätze angewendet, und in der Anwendung auf die vorliegenden Fälle ausgedrückt hat.

§. 5.

Die Reichsdeputation dachte sich vorzüglich drey Fälle, für welche sie gesetzliche Verfügungen treffen zu müssen geglaubt hat.

I. Es waren Capitularen und Dignitarii der Stifte zu berücksichtigen, die schon im wirklichen Genusse ihrer Pfründen und Dignitäten waren. —

II. Es waren aber auch Domicellaren zu berücksichtigen, die zur Zeit nur den Domicellar - Antheil ihrer Stiftspfründe zu ge-

niefsen hatten, und bey sich ereignenden Vacaturen zu Capitul gegangen wären. —

III. Es waren endlich jene Capitularen und Domicellaren zu berücksichtigen, welche zufolge stiftischer Statuten oder anderer Verhältnisse den Genuß ihrer Prébende noch gar nicht angetreten hatten.

§. 6.

Zur Sustentation, heist es nunmehr, sind den Domcapitularen, Dignitariis und Canonicis der Ritterstifte 9 Zehntel ihres ganzen bisherigen Einkommens und zwar jedem Einzelnen, was er bisher bezogen hat, zu belassen. Die Sustentation derselben hängt demnach von keiner Willkühr ab, sondern ist durch den Fortbezug der 9 Zehntel ihres bisherigen Einkommens gesetzlich bestimmt: sie kann für alle nicht eine und dieselbe seyn; denn es sind ihnen 9 Zehntel ihres ganzen bisherigen Einkommens, und zwar, wie es jeder Einzelne bezogen hat, zugetheilt. Wie die Quoten dieser 9 Zehntel an Gröfse einander nicht immerhin gleich seyn konnten, je nachdem das Quantum des bisherigen Ein-

kommens gröfser oder kleiner war; so ward dadurch auch Jedem eine, mit seinem bisherigen Einkommen im Verhältnisse stehende, Sustentation zu Theile. Durch diese Mafsregel ward demnach verhütet, dafs denselben weder ein beliebiger, noch auch ein für alle ohne Unterschied gleicher Unterhalt angewiesen werden konnte, welches um so kränkender für sie hätte seyn müssen, als nicht nur allein durch die zufällig begleiteten Dignitäten, sondern auch durch die Art und Weise, wie gewisse capitularische Einkünfte unter ihnen vertheilet worden sind, das Einkommen der Einzelnen verschieden, d. i. nach dem capitularischen Alter gröfser oder geringer seyn mufste.

Wenn aber der Deputationsschluss bey Bestimmung der Sustentation jener Capitularen und Dignitarien, die sich im Genusse eines wirklichen Einkommens befinden, das wirklich bezogene Einkommen zu Grunde zu legen befiehltn, und dann ferner verfügt, dafs ihnen 9 Zehntel eben dieses wirklichen Einkommens belassen werden sollen; so hat derselbe wohl eine vorsorgli-

che Mafsregel getroffen, um ihre Sustentation von keinem Belieben abhängen zu lassen, aber hat damit keine peremptorische Zeitfrist festgesetzt, über die hinaus die persönlichen Verhältnisse, Rechte und Ansprüche der Capitularen sich nicht erstrecken sollten: er hat der Willkühr der mit den Stiften entschädigten landesfürstlichen Kammern, nicht aber den Gerechtsamen der Stiftsgeistlichkeit auf ein ferner wachsendes Einkommen Schranken setzen wollen: er hat bestimmt, was ihr an ihrem bisherigen Einkommen zur Sustentation belassen werden müsse, nicht aber, was ihr fernerweit nicht mehr gebühren und zugeleget werden solle. Indem die Reichsdeputation sorgfältig verwahrte, was die Capitularen und Dignitarii zur Sicherung ihres Unterhaltes an ihrem bisherigen Einkommen nicht verlieren sollten, hat sie ihnen damit nimmermehr verweigert, nach der stiftischen Verfassung und ihren Statuten ein vermehrtes Einkommen zu erhalten, wie denn auch die nach dem bisherigen Einkommen ausgemittelte Sustentation das Fortrücken im

capitularischen Alter und den wachsenden Einkünften gar nicht aufhebet oder ausschließet, sondern nur ebenfalls im Verhältnisse damit steigt und wächst.

So klar dieses jedem Unbefangenen ist, so hat man es doch in der Zeittfolge in Zweifel ziehen wollen, ob die Capitularen, nachdem ihre Sustentation nach dem wirklichen Einkommen reguliret werden soll, noch eines stiftischen Erwerbes fähig seyen. Allein es läßt sich nicht verkennen, daß es etwas anderes sey: den Capitularen sollen 9 Zehntel ihres bisherigen Genusses zur Sustentation belassen werden — und ein anderes: sie sollen nichts mehr darüber erhalten, und hiemit alle ihre ferneren persönlichen Verhältnisse abgestecket, und ihre weiteren Ansprüche erloschen seyn. Wie läßt sich annehmen, daß der Reichsdeputationsschluss, der die Erhaltung und Sicherung der persönlichen Verhältnisse der Stiftsgeistlichkeit zum besonderen Zwecke hatte, — der so vorsorglich für die Rechte der Capitularen und Domicellaren, die die Carenzjahre noch nicht zurückgeleget hatten, wachte, — der den Domicellaren,

die schon einigen Genuß hatten, das Nachrücken in die vacirenden Capituls - Pfründen vorbehielt, — den Capitularen das Fort- und Nachrücken in dem capitularischen Range und in dem Genusse der damit verbundenen Emolumente, d. i. die allmähliche Vermehrung derselben habe verweigern wollen? Streitet nicht derselbe Grundsatz, dieselbe Achtung für das, den Canonicis durch die Collation der Pfründe erworbene Recht auch für dieses Fort- und Nachrücken in Gemäfsheit der stiftischen Verfassung und ihrer Statuten?

Man muß gestehen, diese Einrichtung der Stifte war mit tiefer Menschenkenntnis getroffen, und daher beynahe auf allen Dom- und Nebenstiften hergebracht. Ein Theil der Einkünfte war stätig und bleibend, er bildete das eigentliche corpus praebendae; der andere Theil bestand theils aus zufälligen Gefällen als Lehns- und Handlohns - Gerechtigkeiten, theils aus einem Einkommen, das sich in dem geschlossenen Kreise der Capitularen stets zu gleichen Theilen wieder vertheilte, so oft es durch Tod oder Resignation in Erledi-

gung gekommen war, und immerdar nur dem Hauptstocke der übrigen Capitularpfründe wieder zuwuchs. Je öfter ein Capitular mittheilte; je mehrere Mitglieder er überlebte; je weiter er dabey im Stiftsalter vorrückte, desto höher stieg sein Einkommen. Wie sich demnach die Schwächen des Alters bey ihm einfanden, so mehrten sich ihm die Mittel des Lebens, und seine Einkünfte nahmen im umgekehrten Verhältnisse zu, wie seine physischen Kräfte abnahmen. Diefs Alles war wohl berechnet, um die stiftische Verfassung den Sorgen und Bedürfnissen des Alters anzubequemen. Allein dieses capitularische Recht auf das Fortrücken im Capitul und auf das sich mehrende Einkommen ward durch die gesetzlich aufgestellte Norm der auszumittelnden Sustentation so wenig aufgehoben, als eben diese Norm auf die den Domicellaren auszumittelnde Sustentation angewandt, das Nachrücken derselben in die vacirenden Capituls - Pfründen aufhebet. Beruhet ja doch jenes Fortrücken und dieses Nachrücken auf einem und demselben Rechtsgrunde,

und derselben stiftischen Verfassung! Mit Rechte begann die Vorsorge des Gesetzes, von dem Augenblicke der Auflösung der Stifte; aber sie beschränkte sich nicht darauf, sondern dehnte sich an der stiftischen Verfassung über alle sich darin allmählich entwickelnde Rechte aus. Und diese stiftische Verfassung war es gerade, welche die Reichsdeputation unverrückt im Auge behielt, wie wir oben gesehen haben, um die darin gegründeten persönlichen Verhältnisse der Stifts - Mitglieder eben so zu bewahren, als Vorsorge zu treffen, dafs ihnen zur Sustentation immerdar 9 Zehntel ihres Einkommens verbleiben.

Wirklich haben auch die Regierungen, z. B. die bayerische, diese Ansprüche der Capitularen auf das steigende Einkommen anerkannt, und der nach dem ganzen wirklichen Einkommen eines jeden Capitulars und Dignitars ausgemittelten Sustentation noch eine bestimmte Summe an Geld per aversum beygeleget, um damit ein für alle Mahl diese weiteren Forderungen zu tilgen. Diese Summe ward bey

den Domstiften auf 200 fl., bey den Nebenstiften auf 100 fl. festgesetzt. Ganz gewifs lag es aber auch in dem Sinne der Reichsdeputation, die persönlichen Verhältnisse der Capitularen zugleich mit dem lebenslänglichen Unterhalte derselben eben so zu verbinden, als sie durch die stiftische Verfassung mit einander verbunden waren, da es nur dadurch möglich war, ihren Zustand zu erhalten, und sie die Folgen der Säcularisation weniger schmerzlich empfinden zu lassen.

§. 7.

Die Domicellaren, fährt der Deputationsschluss fort, werden da, wo sie wirklich schon einigen Genufs ihrer Präbende bezogen haben, in der Quote ihrer Sustentation den Capitularen gleich gehalten, und rücken hiernächst, falls sich der Landesherr nicht mit ihnen im anderen Wege abfindet, in die vacirend werdenden Capituls-Pfründen.

Dieser Theil des Gesetzes, der sich auf die im einigen Genusse der Präbende sich befindenden Domicellaren beziehet,

enthält unverkennbar zwey Bestimmungen. Die erste ordnet die einstweilige Sustentation der Domicellaren nach der bey den Capitularen eingehaltenen Quote der 9 Zehntel des bisherigen Genusses; die zweyte behält ihnen das Nachrücken in die Capituls-Pfründe bevor, und ordnet sonach ihre neuen Capitular - Verhältnisse. — — — Die erste trifft Vorsorge für sie, so lange sie nach stiftischer Ordnung Domicellaren sind; die zweyte leget ihnen bey sich im Capitul ergebenden Vacaturen die mit dem Besitze einer Capitulspfründe verbundenen capitularischen Rechte bey; jene tritt sogleich ein; diese ist durch die Erledigung einer Capituls - Pfründe bedingt. Dieser Unterschied ist unten §. 64. noch weniger zu verkennen. Dort heisset es: Es behalten die Domicellaren 9 Zehntel dessen, was sie etwa wirklich bisher schon bezogen haben, und rücken den Capitularen nach. Das Behalten bezieht sich auf die domicellarische Sustentation, das Nachrücken auf das ihnen nunmehr zugesicherte und beygelegte Capitularverhältniß. Zwischen beyden zieht sich eine

Zeitfolge hin, worauf das die domicellarische Ordnung bezeichnende Zunächst sich bezieht; die Vacatur einer Capituls-Pfründe aber ist als der Zeitpunkt bestimmt, oder vielmehr als in der Stifts-Verfassung liegend beybehalten, wo jene aufhören, und dieses eintreten soll. —

Die Reichsdeputation dachte nicht daran, die Domicellaren sogleich in den Genuß der Capitular-Sustentation zu setzen, und dann erst bey sich ereignender Erledigung einer Capituls-Pfründe sie mit Rang und Titel den Capitularen beyzugesellen. Daher heist es auch nicht: Sie werden in der Sustentation, sondern nur in der Quote der Sustentation den Capitularen gleich gehalten. Beyde Sätze können daher nicht auf einen und denselben Gegenstand, d. i. die Ausmittlung einer und derselben Sustentation bezogen, und als sich wechselweise erläuternd oder gar als synonym betrachtet werden. Diefs gehet auch daraus hervor, dafs §. 64. noch hinzugefüget wird: „Solche Canonici hingegen, die überhaupt keine 800 fl. beziehen, sind, wie die Vicarien, bey ihrem gan-

„zen Einkommen zu belassen. Der Satz: und rücken den Capitularen nach, muß demnach auf ein ganz verschiedenes und neues Personal - Verhältniß derselben, und die dadurch begründeten capitularischen Gerechtsame, in welche sie eintreten sollen, gedeutet werden.

Fragt man, welchen Sinn die Ausdrücke erhalten sollen, „und rücken hiernächst in die vacirenden Capituls - Pfründen, oder rücken den Capitularen nach,“ da doch keine Capituls - Pfründen existiren, und kein Nachrücken Statt haben könne; so ist die schlichte Antwort, welche das Gesetz geben würde, wenn es sprechen könnte: Die Capituls - Pfründen existiren zwar nicht mehr in natura; allein sie sind in rechtlicher Beurtheilung der, den nachrückenden Domicelaren vorbehaltenen persönlichen und amtlichen Capitularverhältnisse und des davon abhängenden Einkommens, folglich auch in Ausmittlung der ihnen zur Sustentation zu belassenden 9 Zehntel desselben, als noch fortbestehend anzunehmen; das Nachrücken ist demnach auch in diesem Sinne

zu erklären, und kann und soll nach der Säkularisation der Stifte nichts Anderes bedeuten, als was es in der stiftischen Rechtsprache vor und während der Säkularisation bedeutet hat, und sofort für die nunmehr nachrückenden Domicellaren dieselben rechtlichen Folgen haben, die es für die bereits Eingetretenen gehabt hat, und bey nicht erfolgter Auflösung der Stifte für sie gehabt haben würde.

Fraget man weiter, worin die vacirende Capituls - Pfründe, in welche sie nachrücken sollten, bestände; so würde es weiter antworten: Sie bestehe in allen jenen Gerechtsamen, welche nach der stiftischen Verfassung ehedem mit einer Capituls - Pfründe und mit der so eben vacirend gewordenen, verbunden gewesen seyen, insbesondere aber in dem Rechte auf die persönlichen und Amts - Verhältnisse eines Capitulars, gleich der übrigen, und auf das Einkommen der damit verbundenen Capitular - Pfründe, d. i. auf den vollen und ganzen Genuß der Stifts - Prébende, wovon die bisherigen Domicellarverhältnisse nur einigen Genuß ge-

währet hätten. Wozn könnte sonst den Domicellaren das Nachrücken in die vacirend werdenden Capitularpfründen, wofern es keine leere Phrafse seyn sollte, nützen, wenn sie nicht in diese gleichen Verhältnisse zu den übrigen Mitcapitularen und in das gleiche capitularische Einkommen versetzt würden; wovon die rechtliche Folge ist, dafs auch ihre Sustentation nach einer rechtlich gleichen Basis und Quote reguliret werden müsse?

Würde man einwenden, dafs die Ausmittlung der capitularischen Sustentation auf 9 Zehntel des wirklichen capitularischen Einkommens bedinget werde, dieser Mafsstab aber auf das Nachrücken in die noch nicht bezogene Capitular-Einkünfte nicht anwendbar sey; so würde man das Gesetz etwas ganz Widersprechendes, beynahe Widersinniges sagen lassen: es würde ein Nachrücken der Domicellaren in die Capituls - Pfründen verfügt haben, um den Domicellaren 9 Zehntel des capitularischen Einkommens zur Sustentation zu versichern; diese Sustentation aber an eine Bedingung geknüpft haben, nach

welcher sie nie in Erfüllung hätte gehen können und sollen. Die Domicellaren konnten in der That nicht schon besitzen, was sie zur Rechtfertigung ihres rechtlichen Anspruchs durch das Nachrücken in die Capituls - Pfründe erst haben erhalten sollen! Die Ausmittlung der ihnen nunmehr gebührenden Sustentation kann also wohl nicht auf der Grundlage eines wirklich schon bezogenen capitularischen Einkommens, das sie als Domicellaren nicht hatten, wohl aber auf der Grundlage desjenigen capitularischen Einkommens, das sie als nunmehrige Capitularen der rechtlichen Ordnung nach zu beziehen haben sollten, und bey dem Fortbestande des Stiftes bezogen haben würden, gemacht werden. Im Geiste des Gesetzes muß ihnen zur Begründung ihres Capitular-Verhältnisses das Nachrücken in eine vacirende Capituls - Pfründe, als wirklicher Besitz derselben — und das damit verbundene Einkommen, als ein wirkliches Einkommen zugerechnet werden, um mit Beseitigung alles willkührlichen Verfahrens ihre Sustentation nach gesetzlicher

Vorschrift eintreten zu lassen. Die Richtigkeit dieser Auslegung bewähret sich aus der weiteren Verfügung des §. 54.

§. 8.

Capitularen und Domicellaren, welche nach den verschiedenen Statuten der Stifte entweder erst nach dem Ablaufe der Carenzjahre oder nach eintretenden anderen Verhältnissen zum Genusse kommen, sobald sie nur im wirklichen Besitze ihrer Präbenden sind, sollen ganz gleiche Rechte, als diejenigen haben, welche sich wirklich schon im Genusse ihrer Präbenden befinden.

Der Inhalt dieses §. ist nach der Aeußerung der Reichsdeputation lediglich als ein Folgesatz des §. 53. anzusehen, und dienet somit zur Bestätigung der dort aufgestellten Grundsätze. Zufolge desselben ist das Recht auf die persönlichen Capitular- und Domicellar-Verhältnisse und das damit verbundene Einkommen in dem Besitze einer Stifts-Präbende gegründet: den Nichtgenuss des Einkommens, welcher in Gemäfsheit der Carenzjahre oder nach

eingetretenen anderen Verhältnissen Statt hätte, kann nicht zum rechtlichen Vorwande dienen, sie entweder von aller Sustentation auszuschließen, oder diese Sustentation nach Belieben auszuwerfen: die verbindende Kraft der stiftischen Statute wird hiebey gegen sie vorausgesetzt, aber ihnen dadurch auch zugesichert, dafs, wenn sie zur Zeit das Einkommen der Präbende den Statuten gemäß entbehren müssen, sie es auch nach eben diesen Statuten in der Folge erhalten sollen. Diese Capitularen und Domicellaren stehen also darum gar nicht aufser dem Gesetze, weil sie noch gar kein Einkommen beziehen, oder bezogen haben. Zwar sagt das Gesetz nicht, dafs ihnen 9 Zehntel dessen zu belassen sey, was sie bisher gar nicht bezogen haben; aber es sichert ihnen mit weiser Vorsicht gleiche Rechte mit denjenigen zu, welche sich wirklich schon im Genusse der Präbenden befinden. Das auf den Stiften bestehende Gesetz der Gleichheit der Rechte wird hiemit sanctionirt, und nimmt auch sie gegen die Willkühr einer beliebig auszumittelnden Susten-

tation in Schutz. Haben sie gleiche Rechte auf die persönlichen Domicellar- und Capitularverhältnisse; so ist auch ihr Recht auf gleiches Einkommen oder auf eine gleiche Sustentation nach rechtlich gleicher Basis und Quote ausgesprochen. Die zur Sicherung der im wirklichen Genusse sich befindenden Capitularen und Domicellaren getroffene Mafsregel wird hiemit auch auf sie ausgedehnet. Zu gleicher Zeit spricht aber auch diese so feyerlich erklärte, von dem wirklichen Genusse ganz unabhängige Gleichheit der Rechte, für die im Capitul nachrückenden Domicellaren sowohl, als für jene Capitularen selbst, die vermöge der Carenzjahre oder anderer Verhältnisse wegen zu dem Genusse besonderer capitularischer Bezüge noch nicht gelangen konnten.

§. 9.

In Gemäfsheit dieser gesetzlichen Bestimmungen hätte man erwarten sollen, dafs die in die Capitulspfründe nachrückenden Domicellaren den jüngsten Capitularen würden gleichgestellt werden, weil

doch die ganze stiftische Verfassung auf der Gleichheit der Rechte beruhte, und in dem Nachrücken in die vacirenden Capituls-Pfründen diese Gleichheit offenbar ausgesprochen war. Es hätten ihnen demnach 9 Zehntel des stätigen capitularischen Einkommens belassen, und die Aversionalsumme von 200 und respective 100 fl. rh. für die unstäten, und nur allmählich hinzukommenden capitularischen Bezüge, worüber man sich mit den Capitularen bereits verglichen hatte, auch ihnen beygeleget werden müssen. Diefs geschah auch in den meisten Bundesstaaten. Wollte man dieses nicht, so hätte das unstätige und allmählich sich mehrende capitularische Einkommen auf ein gemeines Jahr zurückgebracht, und 9 Zehntel des Betrages zur Sustentation hinzugeschlagen werden sollen. Die erste Verfahrungsweise ist die einfachste und geradeste, der sich auch die Domicellaren mit Zutrauen hätten überlassen können; Sie hat den Vorzug, dafs sie bieder in ihrem Character sich selbst gleich bleibt, und zwischen Capitularen und Capitularen bey der Gleichheit ihrer

persönlichen Verhältnisse keinen Unterschied in der Sustentation machet.

Gleichwohl ward diese Verfahrungsweise nicht überall beliebt, sondern wie sich mit der Zeitentfernung der erste Eindruck des Gesetzes und das Andenken an die überkommenen Stifts-Güter geschwächt hat, so suchet man nun verschiedene Vorwände, und selbst Scheingründe hervor, um der gesetzlichen Sustentation der in die Capituls-Pfründe nachrückenden Domicellaren eine willkührliche unterzustellen.

§. 10.

Man sagt nämlich: a) Die Aufhebung der sämtlichen Stifte und Klöster in Deutschland sey eine wahre Umwälzung der Staatsverfassung gewesen; in den Zeiten einer Umwälzung aber könne auf das Privat-Eigenthum einzelner Individuen keine so ängstliche Rücksicht genommen werden; die Staaten hätten b) ohnedieß Pensionen genug zu entrichten, und erlangen in dem gegenwärtigen Augenblicke beynahe unter der Last derselben; es könne

demnach c) den nachrückenden Domicellaren eine bessere Sustentation genügen, als diejenige wäre, die sie bisher als Domicellaren bezogen hätten, besonders, da sich d) die Stifte während dieser Kriegszeiten in dem ehevorigen Wohlstande doch nicht hätten erhalten können.

Zur Rechtfertigung dieser Ansichten füget man hinzu: e) Die Domicellaren könnten nicht fordern, in die Capituls - Pfründen nach dem ganzen Umfange der einst damit verbundenen Gefälle einzurücken; sie rückten in Gemäfsheit des Deputationschlusses nur nach ihrem gegenwärtigen domicellarischen Besitze in die Capituls-Pfründen ein, wie denn überhaupt die Sustentation der Stifts - Geistlichkeit lediglich auf den wirklichen Besitz beschränket sey; auch f) jene Rechte und Emolumente, welche sie nebst der Capituls - Pfründe ansprechen zu können glaubten, wenn sie auch die ehevorigen Capitularen genossen hätten, keine Bestandtheile der Capituls-Pfründe gewesen seyen: Es müßte demnach g) den nachrückenden Domicellaren die verlangte Theilnahme an diesem capi-

tularischen Einkommen eben so verweigert werden, als wenn sie eine Sustentations-Zulage für nicht überkommene Dignitäten verlangen wollten, zudem da h) die eigene Vertheilung dieses besondern Einkommens grofsen Theils vom Zufalle ~~und~~ Glücke abgehangen habe, und kein in die Capitulspfründe nachrückender Domicellar bestimmen könne, wie viel ihm davon zu Theile würde geworden seyn; hätte man endlich auch i) den damahligen Capitularen eine Zulage von 200 und respective 100 fl. bewilliget, so sey dieses der Rückstände und um anderer Ursachen willen geschehen, auf welche die nachrückenden Domicellaren sich nicht beziehen könnten.

§. 11.

Man hat die Gründe, mit welcher die den nachrückenden Domicellaren verweigte gleiche Sustentation unterstützt werden will, in aller Stärke und Gedrängtheit vorgetragen, um sich selbst den Beweis der Unbefangenheit zu geben, mit welcher man in der Beantwortung derselben zu Werke zu gehen wünschet. Diese

Gründe gewinnen unstreitig einigen Schein durch die Verwirrung, welche man in die gesetzlichen Bestimmungen des Deputationschlusses zu bringen bemühet ist. Das Verworrene muß demnach auseinander gesetzt, jede Behauptung geprüft, und in das gehörige Licht gestellet werden.

§. 12.

Ad a) Ist es zwar wahr, daß die sämtlichen geistlichen Staaten und Stifte in Deutschland eine große, und wie sie anfangs nicht gleich übersehen wurde, eine gänzliche Umänderung der Staatsverfassung zur Folge gehabt haben. Vorerst aber mußten viele Tausende schuldloser Individuen ihre constitutionelle Existenz und ihr damit verbundenes Einkommen verlieren, um durch dieses Opfer, wo möglich, den Frieden für das Ganze zu erkaufen. So fruchtlos dieses war, so geschah doch weder jene erste, noch die nachfolgende Veränderung im Sturme einer gewaltsamen Umwälzung. Wir haben gehört, wie der Chursächsische Subdelegirte die Verhandlungen über die Sustentation der ihrer constitu-

tionellen Existenz beraubten Individuen eröffnet hat. Nirgends sollte die Veränderung, die das deutsche Reich zu seiner Selbsterhaltung beschlossen hat, tumultuarisch vor sich gehen, sondern gesetzlich geschehen, wie denn die Besitznahme der Stifte nicht dem primo occupanti überlassen, sondern durch das Gesetz verfügt, und die Sustentation der dadurch ihrer Existenz, ihrer Rechte, ihres Einkommens entsetzten Individuen durch dasselbe Gesetz regulirt worden ist. Selbst bey dem nachherigen gänzlichen Umsturze der Reichsverfassung und dem Untergange aller ehevorigen Gesetze hat noch die Bundes-Acte dieses Gesetz aufgenommen, und in Kraft erhalten. Man kann also die heftige Mafsregel einer politischen Umwälzung nicht zu Hülfe nehmen, um der Forderung der vom Gesetze bewilligten und verfügtten Sustentation auszuweichen.

§. 13.

Ad b) Sind zwar die Bundesstaaten durch die erfolgten Regierungs-Veränderungen und getroffenen neuen Einrichtun-

gen mit Pensionen gegenwärtig sehr belastet, auch hat überhaupt das System der Pensionen in der gemachten Ausdehnung, wodurch die Staaten beynahe eben so viele quiescirende, als active Beamten zu unterhalten haben, sehr vieles Drückende, allein hierin kann kein Grund liegen, die den Mitgliedern der aufgehobenen Stifte durch den Deputationsschluss so feyerlich zugesicherte und in der Bundes-Acte vom Neuen garantirte Sustentation zu verkürzen. Sooft der Landesfürst einen seiner Beamten aufser Thätigkeit setzt, nimmt er gegen ihn, ohne Beziehung auf Andere, die Verbindlichkeit über sich, demselben eine statusmäßige Pension zu ertheilen; die Anhäufung dieser Pensionen aber kann nirgends ein rechtlicher Grund seyn, die Pension der früher aus dem Dienste entfernten darum zu schmälern. Doch die den Stiftsgeistlichen auszumittelnde Sustentation hat mit der den Staatsdienern im Falle der verhängten Quiscenz zu ertheilenden Pension nichts gemein. Ohne in das Verhältniß einzugehen, in welchem der Staatsdienst im Verhältnisse zum Regenten

des Staates betrachtet werden will; so besteht jene Sustentation als Folge eines über Lebens – Unterhalt gesetzlich regulirten Vertrages, vermöge dessen den Besitzern der Stifts – Pfründen nach dem Verluste ihres Eigenthums 9 Zehntel des Ertrages desselben belassen werden sollen. Nur unter dieser Bedingung und unter Uebernahme dieser Verbindlichkeit haben die Landesfürsten das stiftische Gut übernommen, §. 35. Was sie demnach den ehevorigen Besitzern abreichen, reichen sie ihnen im Grunde von dem Ertrage des ehevorigen Eigenthumes derselben selbst ab. Man kann also auch diese Sustentation für die Staaten nicht als drückend ansehen, um so weniger, da der Ertrag dieser Güter die zu leistende Sustentation nicht bloß um 1 Zehntel, sondern nach der Art und Weise, wie das Einkommen der Stifts – Mitglieder berechnet und liquidirt worden ist, um mehrere Zehentheile übersteiget, durch allmähliges Absterben aber immer freyer von der Obliegenheit der zu leistenden Sustentation wird, und bereits geworden ist.

§, 14.

Ad o) Ist den nachrückenden Domicellaren nicht eine, im Vergleiche bessere Sustentation, sondern das Nachrücken in die Capituls – Pfründen und die davon abhängende Gleichheit der persönlichen Verhältnisse und des Einkommens gesetzlich zugesichert. Dem einigen Genusse der Domicellar – Präbende stellet der Deputationschluss das hiernächste Nachrücken in die Capituls – Pfründe, d. i. den vollen oder ganzen Genuss gegenüber, und will sonach die nunmehrige Sustentation nach 9 Zehntel des ganzen bisherigen Einkommens einer Capituls – Pfründe abgemessen wissen. Die Sustentation der Domicellaren als Domicellaren und dann derselben als nachrückender Capitularen sollte überall keiner Willkühr ausgesetzt seyn; sie wäre es aber, wenn sie überhaupt nur in einer beziehungsweise besseren Sustentation, als die Domicellarische war, bestehen dürfte, weil diese, obgleich bessere Sustentation doch immer nur nach dem einigen Einkommen der Capituls – Pfründe, nicht

aber nach dem Ganzen, wie es in den Statuten der Stifte regulirt war, und von den Capitularen ehevor genossen ward, berechnet seyn dürfte. Die nachrückenden Domicellaren sind demnach in Folge des Gesetzes gerade so zu behandeln, als wenn sie zur Zeit der Auflösung des Stiftes im Capitul sich befunden hätten. Eine Ungleichheit würde nicht bloß, als eine Schmälerung des Sustentations – Gehaltes, das unter allen Capitularen rechtlich gleich seyn sollte, sondern auch als eine Kränkung ihrer gleichen Personalverhältnisse angesehen werden müssen, und in beyden Hinsichten würde ihr Zustand, im Vergleiche mit dem Zustande ihrer Mitcapitularen, verschlimmert seyn.

§. 15.

Ad d) Sind zwar seit der Aufhebung der Stifte auf deutschem Boden viele Veränderungen vorgefallen; aber keine solche Veränderungen, die das Reichsgesetz, das überhaupt von keiner Bedingung eines nachfolgenden Ereignisses abhängt, unwirksam

gemacht hätten. Dieses Gesetz einer schirmenden Vorsicht bestehet vielmehr allein noch in ganzer Kraft da, nachdem das Reich selbst untergegangen ist. Viele Staats-Verträge wurden indessen geschlossen, viele Gränzen einzelner Staaten verändert, viele Güter der Stifte veräußert; allein die den damit entschädigten Fürsten auferlegte Verbindlichkeit bleibt stets dieselbe, und bleibt solange, als das Stifts- Personale noch am Leben seyn wird. Ist wohl das Stiftsgut, das größtentheils liegendes Gut war, seitdem aus der Welt verschwunden? Hat sich der Ertrag desselben gemindert? Und ist indessen das davon zu unterhaltende Stifts- Personale an Zahl vermehrt worden? Nichts von allem diesen ist geschehen. Die Stiftsgüter sind noch vorhanden, der Ertrag derselben hat sich beträchtlich vermehrt, die Zehenten, Gülten, Grundzinsen und Handlohns- Gerechtigkeiten werden sicherer eingebracht, und viele Sustentations- Gehalte sind durch die erfolgten Todesfälle erlediget. Wie mag man das überkommene Stifts- Vermögen so gering und unbedeutend darstellen, um die

nachrückenden Domicellaren zu verkürzen, die, zu bescheiden, eine mit ihrem größeren Verluste im Verhältnisse stehende Sustentation zu verlangen, nur erwarten, jenen Capitularen gleichgestellt zu werden, welche zur Zeit der Auflösung des Stiftes eine Capituls-Pfründe mit den ihr anklebenden Emolumenten besessen haben?

§. 16.

Ad e) Behauptet man zwar, der Deputationsschluss, und die bey Regulirung der Sustentation §. 53. gegebene Note gründe sich lediglich auf den Besitzstand, und bestimme nach dem Befunde desselben den Capitularen, Dignitaren und den Canonicis der Ritterstifte 9 Zehntel ihres bisherigen ganzen Einkommens, und zwar jedem Einzelnen, was er bisher bezogen hat, zu belassen; setze aber im Gegentheile für die Domicellaren fest, dass sie bey der Quote ihrer Sustentation bleiben, und hiernächst in die vacirenden Capituls-Pfründen einrücken sollen: die Domicellaren könnten daher nur verlangen, in der

Quote ihrer Sustentation dem Besitzstande nach, in dem nämlich, was sie wirklich bezogen haben, den Capitularen bey dem Nachrücken in die Capituls - Pfründe gleich gehalten zu werden, besonders da von einem Nachrücken im eigentlichen Sinne darum die Rede nicht seyn könne, weil kein Capitul und keine Capituls - Pfründe mehr existire.

Allein alle diese Behauptungen sind eben so unerwiesen, als unerweislich, und stehen mit dem Buchstaben des Gesetzes eben so wohl, als mit der deutlich ausgesprochenen Absicht desselben im geraden Widerspruche. Wir haben dieß bereits gesehen; doch wollen wir die einzelnen Sätze noch genauer prüfen!

a) Die vom Gesetze vorgeschriebene Norm zur Regulirung der Sustentation gründet sich auf den Besitzstand. Dieser Satz verlieret sich in einen täuschenden Doppelsinn. Allerdings sollen den sich bereits im Genusse der Stifts - Pfründen befindenden Capitularen und Domicellaren 9 Zehntel des bisherigen Einkommens zur Sustentation belassen, und das bisherige

Einkommen soll bey der Ausmittlung dieser 9 Zehntel sum Grunde geleyet werden. In diesem Sinne hat der Satz allerdings seine Richtigkeit; allein er ist durchaus falsch in dem Sinne, daß die Sustentation derselben lediglich auf den gegenwärtigen Genuß bedingt und nur dadurch rechtlich begründet werde, folglich daß die vom Gesetze verfügte Norm der auszumittelnden Sustentation, indem sie auf ein wirklich bezogenes Einkommen angewandt wird, jedes andere, noch zu beziehende Einkommen ausschliesse. Diese Norm, welche, aller Willkühr entgegen, bestimmen soll, daß den im Genusse des Pfründen – Ertrages sich befindenden Capitularen und Domicellaren 9 Zehntel des bisherigen Einkommens zur Sustentation zu belassen sey, hat durchaus nichts mit einer peremptorischen Verfügung gemein, um jene Rechte derselben zu vernichten, von welchen sie nach den verschiedenen Statuten der Stifte oder nach eingetretenen anderen Verhältnissen keinen Gebrauch hätten machen können. Diefes ergibt sich aus den verschiedenen Bestimmungen des Ge-

setzes selbst, welches die Rechte der Präbendirten lediglich vom wirklichen Besitze der Stifts-Präbende, und nicht vom Genusse abhängig ausspricht; noch mehr aber aus dem in Folge dieser Rechte verfügbaren Fort- und Nachrücken der Domicellaren in die vacirend werdenden Capitulpfründen, und endlich aus dem Zwecke, den die Reichsdeputation erreichen wollte, den Zustand der ihrer Präbenden entsetzten Geistlichen, soviel möglich, zu erhalten, und ihnen die durch die Noth herbeygeführten Veränderungen in ihren Folgen weniger empfindlich zu machen. Wenn diesem nach das Gesetz bestimmt, was die im Genusse ihrer Pfründen sich befindenden Capitularen und Domicellaren zur Sicherheit des Unterhaltes an ihrem bisherigen Einkommen nicht verlieren dürfen; so verfüget es nicht auch damit, was sie daran nicht weiter erhalten sollen: und wenn es die Quoten ihrer Sustentation von dem Quanto und Quali ihres bisherigen Einkommens abhängig machet; so machet es nicht eben auch ihre ferneren Rechte und Ansprüche davon abhängig: Kurz, die ge-

gesetzliche Norm hat blofs eine regulative Bedeutung in Beziehung auf die nach einer bestimmten Basis auszumittelnden neuen Sustentions - Quoten, um der Willkühr keinen Spielraum zu gestatten; aber sie hat keine peremptorische Bedeutung in Beziehung auf die stiftischen Personal - Verhältnisse und die darin begründeten Gerechtsame, um zu sagen: Was jeder hat, das soll er haben, doch auch davon ein Zehntel einbüßen.

Man darf nämlich nicht aus dem Auge verlieren, dafs das Gesetz nicht entscheiden wollte, ob und unter welcher Bedingung die Capitularen eine Sustention erhalten sollen, sondern was und wie viel ihnen von ihren bisherigen Einkünften zur Sustention belassen werden müsse, und sonach, wenn es den landesfürstlichen Kammern nur gestatte, ihnen 1 Zehntel des bisherigen Einkommens vorzuenthalten, die Capitularen und Dignitaren durch die Belassung der übrigen 9 Zehntel ihrer ferneren Rechte und Ansprüche gar nicht verlustiget erklärt worden seyen.

Bey der von der Reichsdeputation getroffenen Classification des Stiftspersonals war es vielmehr durchaus nothwendig, zur Regulirung der Sustentation jener Capitularen und Dignitaren, welche Einkommen hatten, auch dieses bisher bezogene Einkommen und zwar, wie es jeder Einzelne genossen hatte, ausdrücklich zu benennen, und zur Grundlage der Sustentions – Berechnung zu machen, wenn diese Sustentation der Willkühr nicht Preis gegeben werden sollte. Das Object der Sustentation und die Quoten der dazu bestimmten Theile mußten zu gleicher Zeit ausgedrückt, und gesetzlich bestimmt werden. Sonst konnte man ihnen wohl 9 Zehntel des Einkommens, aber nicht, wie sie es bezogen hatten, sondern nach Ausscheidung verschiedener Bestandtheile, oder nach dem Ertrage eines gemeinen Jahres verabreichen: man konnte ihnen auch und zwar dem Einen, wie dem Anderen 9 Zehntel verabfolgen lassen, nachdem sie doch bekannter Massen einiges Einkommen ungleich hatten: Man konnte endlich auch ihre Sustentation auf eine Geldsumme nach beliebiger Bestimmung des Preises der ge-

nossenen Natural-Einkünfte bringen wollen. Die Reichsdeputation hat demnach sehr wohlbedächtlich und aus weiser Fürsorge das ganze bisherige Einkommen, und zwar was jeder Einzelne bezogen hat, zur Grundlage der Abtheilung jener 9 Zehntel gemacht, welche ihnen zur Sustentation verbleiben sollten. Der Nachdruck des Gesetzes liegt nicht auf dem bisherigen Einkommen, als einem besessenen, sondern auf dem Quanto und Quali dieses Einkommens, um die zur Sustentation bestimmten neuen Quoten desselben allen und jedem insbesondere zuzumessen. — Daher soll das ganze bisherige Einkommen und zwar, was jeder Einzelne genossen hat, dieser Berechnung zum Grunde gelegt werden. Diefs heist aber doch wohl nicht: Die gesetzliche Norm gründet sich auf den Besitz!

b) Falsch ist die fernere Behauptung, dafs der Deputationsschluss zwischen der Sustentation der Capitularen und Domicellaren einen Unterschied und Gegensatz mache. Man lese das Gesetz selbst, um sich vom Gegentheile zu überzeugen. Die

Verfügungen des Gesetzes entwickeln sich consequent an den aufgestellten und bey den Capitularen angewandten Grundsätzen ohne allen Gegensatz; die Worte: Und sie rücken hienächst in die vacierend werdenden Capituls-Pfründen, deuten unverkennbar eine beabsichtigte rechtliche Gleichstellung an. Diefß drückt der buchstäbliche Sinn der Worte — der Gegensatz, in welchem dieses Nachrücken in die Capituls-Pfründen mit den vorigen Domicellar-Verhältnissen erscheint, und endlich die unbedingte und unbeschränkte Zusicherung dieses Nachrückens aus. Es ist schwer zu begreifen, welches die entgegengesetzte Norm seyn soll, nach welcher die Sustentation der in die Capituls-Pfründe nachrückenden Domicellaren ausgemittelt werden müsse. Da sie noch kein wirkliches capitularisches Einkommen hatten; so konnte allerdings dessen keine Erwähnung, wie bey den wirklichen Capitularen und Dignitaren, geschehen; es konnte nicht verfügt werden, ihnen zur Sustentation 9 Zehntel eines Einkommens, das sie noch nicht genossen hatten, zu belassen.

Gerade diefs aber decket die grundlose Behauptung, dafs die Forderung der gesetzlichen Sustentation auf ein wirkliches Einkommen sich gründen müsse, in ihrer ganzen Blöfse auf. Das Gesetz hat deutlich genug gesprochen, sobald es den Domicellaren den Eintritt in die capitularischen Verhältnisse und Gerechtsame, wovon das capitularische Einkommen und die darnach auszumittelnde Sustentation eine Folge ist, vorbehalten hat. Dadurch hat es ihnen eben so gewifs ein rechtlich gleiches Sustentations - Gehalt zugesichert, als es jenen Capitularen und Domicellaren, welche zur Zeit der Aufhebung der Stifte noch gar keinen Genufs hatten, gleiche Rechte auf einen gleichen Genufs beygeleget hat. Es folget also daraus, dafs die in die Capituls - Pfründe nachrückenden Domicellaren noch kein capitularisches Einkommen bezogen haben, gar nicht, dafs ihnen auch die capitularische Sustentation nicht nach der bey den wirklichen Capitularen verfügten Norm zugetheilt werden könne. Das Einkommen der nachrückenden Capitularen ist ganz dasselbe, als derer, die vor

ihnen gewesen sind; denn es ist der natürliche, sich immer gleiche Ertrag der Stifts-Pfründe; warum sollte also auf dieses Einkommen, das nichts weniger als unbestimmt und ungewiss, sondern ganz das bisherige ist, die gesetzliche Norm der abzutheilenden 9 Zehntel nicht anwendbar seyn? Die gesetzliche Norm, auf die im Genusse sich befindenden Capitularen angewandt, höret darum nicht auf, in ihrer allgemeinen Bestimmung zu gelten, weil ihr eine besondere angefüget ist, welche bey den nachrückenden Domicellaren keine Anwendung hat. Diese beyden Bestimmungen kann man in dem Texte des Gesetzes sehr wohl unterscheiden: Zur Sustentation heisst es, sind den Capitularen und Dignitaren 9 Zehntel des ganzen bisherigen Einkommens (ihrer Dignität und Pfründe) zu belassen — dann aber, es sind ihnen 9 Zehntel dieses Einkommens zu belassen, und zwar, was jeder Einzelne genossen hat. Wer möchte den Schluss machen: Weil die Domicellaren noch gar keinen wirklichen und eigenen capitularischen Genuss hatten; so sind ihnen auch überhaupt nicht

9 Zehntel des ganzen bisherigen Ertrages einer Capituls – Pfründe zu verabfolgen. Was würde das Einrücken in die Capituls – Pfründe, was der Vorbehalt gleicher Rechte sonst für eine rechtliche Folge haben? Da das Gesetz Präbendirte mit und ohne bisherigen Genuß des Stifts – Einkommens unterscheidet, jenen 9 Zehntel des bisherigen Genusses anweist, diesen das Nachrücken und gleiche Rechte, wie jenen zusichert; so muß die Bestimmung des Gesetzes, welche die Sustentation der ersten regulirt, zur Aufrechthaltung einer rechtlichen Gleichheit auch auf diese anwendbar seyn. Diefs geschieht aber nur dadurch, daß der rechtlich zu erwartende Genuß, als de jure wirklich angenommen werde, wie sie denn in der Rechtsidee nicht von einander getrennt sind, und daß nach dieser Voraussetzung ihnen 9 Zehntel derselben zur Sustentation verbleiben. Der erhobene Zweifel läßt sich demnach sehr leicht, ohne eine Verschiedenheit der Normen, nach welcher die Sustentation der in die Capituls – Pfründe nachrückenden Domicellaren ausgemittelt werden müsse, annehmen zu müssen.

c) Falsch ist endlich auch die dritte Behauptung, die man aus den beyden erstern abzuleiten sucht, daß das Nachrücken der Domicellaren in die Capitulspfründe auf den domicellarischen Besitzstand bedingt sey, d.i. daß sie nur in jenen Theilen des Einkommens, das sie bereits bezogen haben, den Capitularen nachrückten, nicht aber auch in den übrigen, welche die Capitularen als solche eigends besessen hätten. Man muß dem Gesetze und dem logischen Denkvermögen Gewalt anthun, um diese erkünstelte Auslegung, denn weiter ist sie nichts, gehörig zu fassen. Sie fällt zwar von selbst, sobald die Prämissen nicht bestehen, doch wollen wir sie mit dem offenen und schlichten Gesetze vergleichen, um zu sehen, ob sie sich etwa für sich selbst an seiner Seite erwahret.

Das Gesetz sagt: „Die Domicellaren, welche einigen Genuß ihrer Präbende haben, werden den Capitularen in der Quote der Sustentation gleichgehalten, und rücken hiernächst in die vacirenden Capitulspfründen.“ Wie ist es möglich, das einige bisher bezogene Einkommen der

Präbende, nach welchem die Quote der domicellarischen Sustentation regulirt werden soll, auf das Nachrücken in die Capituls-Pfründe zu beziehen, und was eine Mafsregel seyn sollte, die einstweilige domicellarische Sustentation zu sichern, in eine peremptorische Verfügung und Verweigerung dessen umzuschaffen, was sie als nachrückende Capitularen nicht erhalten sollen? Ist die domicellarische Sustentation nach dem bereits bezogenen domicellarischen Einkommen zu berechnen; wie folgt daraus, dafs auch das Nachrücken in die Capituls-Pfründe darnach bemessen werden müsse? Drückt aber dieses Nachrücken in die vacirenden Capituls-Pfründen vorerst und hauptsächlich gar nur das persönliche und amtliche Capitular-Verhältnifs der nachrückenden aus, müfste daraus nicht auch folgen, dafs sie desselben nur nach der Quote der Domicellar-Sustentation theilhaftig werden, also nur nach dieser Quote Capitularen seyn sollten? Denn es ist eine ganz falsche Ansicht des Gesetzes, wenn man glaubt, es handle überall nur von der Sustentation und nicht vor allen

von den persönlichen und amtlichen Verhältnissen der Stiftsgeistlichen, die erhalten und gesichert werden sollten, derer Correlat jedoch allerdings der darnach zu bemessende Lebens - Unterhalt ist. Doch lassen wir die erwähnte Auslegung einen Augenblick gelten; würde das Vorrücken dem Besitzstande nach nicht gerade soviel heissen, als die Domicellaren rücken nicht in die vacirenden Capituls - Pfründen? Denn das, worin man sie dem Besitze nach, d. i. in dem, was sie bis jetzt besessen haben, nachrücken läßt, ist doch in der That, auch bey erhöhtem Einkommen, kein Nachrücken in die Capituls - Pfründe? Würde das Gesetz ihrer nicht spotten, und dem Scheine nach ihnen zwar ein Nachrücken in die Capituls - Pfründen einräumen, aber eben dieses Nachrücken an eine Bedingung knüpfen, nach der es nie in Erfüllung gehen könnte? Das Gesetz spricht allgemein und unbedingt: Es verfüget dieses Nachrücken im Gegensatze der bisherigen Domicellar-Verhältnisse: Es verfüget es in dem Rechts - Sinne, wie er in der stiftischen Verfassung hergebracht und in

gemeinen Rechten begründet war : Es verfügt es endlich zur Sicherung ihrer ganz gleichen Rechte mit den übrigen Capitularen. Ohne das Gesetz mit sich selbst in Widerspruch zu setzen, kann demnach von keinem Nachrücken dem Besitzstande nach die Rede seyn,

Man hat es schon oft bemerkt, daß das Gesetz die Sustentation der Kanoniker auf 9 Zehntel des Einkommens bedinget, nimmermehr aber ihre Rechte auf die persönlichen Stifts – Verhältnisse von einem wirklichen Genusse abhängen läßt, und wenn es daher heisset: Die Domicellaren werden in der Quote der Sustentation den Capitularen gleichgehalten; so mag rechtlich wohl gefolgert werden, daß ihnen ebenfalls 9 Zehntel des durch das Nachrücken zugesicherten capitularischen Einkommens verbleiben müssen, nimmermehr aber daß das Nachrücken selbst auf den Besitz des domicellarischen Einkommens, und die Quote der domicellarischen Sustentation bedinget sey. Wäre dieses, so würde richtiger folgen, daß sie gar nicht nachrückten, als daß sie nach dem Besitzstande nachrücken sollen,

welches einen Widerspruch in *adiecto* enthält.

Man fühlet dieses so sehr, dafs man die beyden die Domicellaren betreffenden Gesetzes-Verfügungen, wovon die eine sagt, welche Sustentation die Domicellaren, als solche erhalten — und die andern, dafs sie hienächst in die Capituls-Pfründen einrücken sollen, zu einer einzigen verbindet, so heterogen ihr Inhalt ist, und dem Gesetze andere Worte unterschiebt. Man drückt daher die gesetzliche Verfügung so aus: Die Domicellaren werden in der Quote der Sustentation dem Besitzstande nach den Capitularen gleich gehalten, und rücken hienächst in die vacirende Capituls-Pfründe ein — als wenn schon im ersten Theile des Gesetzes von der Ausmittlung der capitularischen Sustentation der nachrückenden Domicellaren die Rede wäre, mit welcher im zweyten Theile der Rang und Titel der Ehre wegen verbunden würde; oder auch: Sie bleiben bey der Quote ihrer Sustentation und rücken den Capitularen nach, als wenn sie als nachrückende Capitularen lediglich bey der Quote ihrer domicellari-

schen Sustentation, mit Ausschluss des besondern capitularischen Einkommens zu verbleiben hätten. Die logische Hermeneutik mag diese Auslegung und Entstellung des Gesetzes würdigen!

§. 17.

Ad f) Entsteht die Rechtsfrage, was den Domicellaren durch das vorbehaltene Nachrücken in die Capituls-Pfründe erworben worden sey; so ist die eben so einfache, als natürliche Antwort, den nachrückenden Domicellaren seyen damit alle jene Rechte erworben, welche nach den verschiedenen Statuten der Stifte und nach rechtlicher Observanz mit der Capituls-Pfründe zur Zeit des Bestehens der Stifte verbunden gewesen seyen. — Fragt man weiter, welches diese Rechte seyen, so ist die weitere Antwort, es seyen diejenigen Rechte, welche die Stifts-Capitularen ehedem durch das Einrücken in das Capitul erhalten, und als Glieder desselben besessen hätten; und sonach α) das Recht auf das gleiche, persönliche und amtliche Collegial-Verhältniss eines Capitulars, wie es im

Stifte hergebracht, und durch die Statuten bestimmt war, und β) das Recht auf das damit verbundene statutenmäßige Einkommen und Emolument. Das capitularische Verhältniß ist aber ein zweyfaches: Es ist erstens des Capitulars als eines Mitgliedes der zum Dienste der Stiftskirche angeordneten Geistlichkeit überhaupt, und ist zweytens das Verhältniß desselben als Mitgliedes jenes engeren Ausschusses oder Collegiums dieser Geistlichkeit, das um sich allein die Gesellschafts – Rechte vereinigt, und die moralische Person derselben und der Kirche darstellt. Als Mitglied des Gremiums der Stiftsgeistlichkeit hat der Capitular mit allen Anderen (den Domicellaren und Vicarien) die Obliegenheit und das Recht gemein, die canonischen Tagzeiten im Chöre und an seinem Platze abzusingen, dem Gottesdienste allda beyzuwohnen, und der Reihe nach entweder selbst abzuhalten, oder dabey am Altare zu dienen. Als Mitglied des Capituls aber hat er das besondere Recht und die Pflicht, in Gemäfsheit der collegialischen Ordnung, das Wohl der Kirche mit zu besorgen, ihre Rechte mit zu verthei-

digen, die Güter derselben mit zu verwalten, sie nach dem Zwecke der Stiftung mit zu verwenden, die daher entstehenden Geschäfte mit zu leiten, und zur Einhaltung eines festen Ganges der Dinge und zur Beseitigung aller Hindernisse verbindende Normen mit zu beschließen und aufzustellen. Dieses Collegial - Recht wird in dem gemeinen Rechte den Stiften - Capituln überall und ausschließend beygeleget, *) und sie hatten daher auch ihr eigenes Sigill und einen Sindikus in ihrer Mitte.

So wie dieses Verhältniß des Capitulars ein zweyfaches ist, so ist auch in diesem zweyfachen Verhältnisse das zweyfache Recht begründet, *a*) jenes Einkommen, an welches hauptsächlich die Obliegenheit des Chores und des Gottesdienstes geknüpft ist, dann aber auch *β*) jene besonderen Emolumente der Stiften - Pfründe zu beziehen, welche derselben in Beziehung auf Sitz und Stimme im Capitul als Belohnung die-

*) Tit. de his, quae fiunt a majori parte Capituli und de his, quae fiunt a praelato sine cons. cap.

ser capitularischen Bemühungen bey-
geleget sind. In den meisten stiftischen
Statuten werden daher die fructus chori und
capituli unterschieden. Die Capituls-Pfrün-
de schließet dieses beyde Einkommen, so
wie die doppelten Obliegenheiten des Cho-
res und des Capituls in sich. Ienes bildet
das Corpus praebendae capitularis als Haupt-
Ertrag, und dieses das accessorium, das je-
nem nach und nach zuwächst.

Was nun dieses corpus präbendae betrifft;
so hatten es in verschiedenen Stiften; wie
z. B. zu Mainz, die Capitularen und Do-
micellaren mit einander gemein: In andern
Stiften aber, und zwar den meisten, ist je-
doch der Ertrag desselben, wie es die Ca-
pitularen und Domicellaren genossen ha-
ben, ungleich, wie auch schon in der Re-
gel Chrodogangs die älteren Brüder vor
den jüngeren in Kost und Kleidung ei-
nen Vorzug, d. i. eine bessere Präbende
hatten. *) Allein dieses gröfsere oder ge-

*) Wolfg. Schmitt, de eo, quod circa ex-
spectativas ex statutis et observantiis ger-
maniae iustum est.

ringere corpus praebendae bestimmt das Capitular – und Domicellar – Verhältniß so wenig, daß vielmehr der Unterschied desselben hauptsächlich in der vollen oder beschränkten Theilnahme an dem Collegial-Rechte liegt, wodurch die Capitularen mit dem Ansehen des dirigirenden Senates bekleidet sind, und daher auch einen erhabeneren Platz im Chore hatten, während die Domicellaren nach ihren Satzungen sich fügen, der Einmischung in die Verwaltungs – Geschäfte sich enthalten, und mit einem niedrigeren Stande im Chore zufrieden seyn mußten. *) Das Recht auf Sitz und Stimme im Capitul und das da-

*) *Gregel de re statutaria capitulorum Germaniae.* Die älteren Stiftsgeistlichen hatten bereits eine bessere Präbende, als vor Auflösung des gemeinschaftlichen Lebens die jüngern noch Zutritt zum klösterlichen Capitul hatten. Nach erfolgter Auflösung wurden sie aber als Minderjährige, die ihren eigenen Geschäften nicht gehörig vorstehen könnten, noch mehr aber als Zöglinge, welche zu den höheren Weihen noch nicht vorgerückt seyen, von

mit verbundene und dem corpori praebenda capitularis beygelegte Emolument, das eben so zu der Capituls - Pfründe gehörte, als es in den Pflichten eines Capitulars gelegen war, collegialischen Antheil an der Führung der Geschäfte zu nehmen, machet demnach lediglich und allein den specifischen Unterschied zwischen Capitular - und Domicellar - Pfründe aus. So wie dieses Collegial - Recht ein zu der kirchlichen Bestimmung hinzugekommenes Attribut ist, so ist jenes ein Additamentum zu dem Corpus der Capituls - Pfründe: beyde beziehen sich auf einander, und vollenden jene eben so, als sie dieses ergänzen.

Dieses capitularische Emolument hatte in verschiedenen Stiften verschiedene Benennungen, oder war aus einem besonderen, zu diesem Ende ausgeschiedenen Einkommen zusammengesetzt. In dem Domstifte zu Mainz bezogen die Capitularen stärkere Präsenzen, das sogenannte Reminiscere und der Führung der Stiftsgeschäfte, auf die nunmehr das Capitul beschränket ward, ausgeschlossen.

gewisse Pachtgelder zu ihrem besonderen Genusse: In anderen Stiften ward ihnen aus dem Ueberschusse des Einkommens eine jährliche Zulage gegeben, wie in dem Stifte ad D. Mariam Virg. zu München; *) in den meisten aber sind die Obleygefälle **) zu der Capituls - Pfründe hinzugeschlagen

*) Ne autem, heisst es in den Statuten vom Jahre 1495, hi nostri praelati singulique Capitulares, qui capituli negotiorum onera cottidie quasi ferunt, Non - capitularibus, qui parum aut omnino nullis negotiis occupantur, in fructibus percipiendis pares habeantur, statuimus, ut dictis hisce Capitularibus, nonnihil redditus pro suis laboribus et tanta capitulari cura, (ut etiam aliarum Ecclesiarum mos fert) moderate augeantur et tantumdem ut omni quovis anno in aureis viginti seu horum valore Capitularis huius laboris ac curae prae non - capitularibus praemium accipiat. Mayer Thesaurus novus seu Codex statut. Tom. 1. pag. 102.

**) In den Statuten dieser so eben genannten Collegiatkirche heisst es l. c. cap. XV. ausdrücklich: Vt autem communes praeben-

worden, theils um damit diese Pfründe überhaupt zu verbessern, theils auch um

darum redditus tanto fiant uberiores, quanto accuratius nos pariter omnia Ecclesiae onera ferre debemus, proinde statuentes communi omnium voto ordinamus, quod singula apud nos choralia, quae usitatioe hactenus vocabulo claustralia vocitavimus, quam primum, ubi quis ea obtinentium mortem obierit, una cum omnibus in communem amodo praebendam instar caeterorum Ecclesiae fructuum aequae transeant et divisioni subsint communi, nec ulla via audeat praepositus circa ea disponendi manum adponere. Die Obleyen waren besondere, den Stifts- und Klosterbrüdern zu ihrer bessern Verpflegung gemachte Schankungen, gewöhnlich mit der Obliegenheit, zum Andenken der frommen Geber einen Jahrtag zu begehen. Diese Schankungen oder Stiftungen bestanden meistens in liegenden Gründen, als Weinbergen, Wiesen, Wäldern, Bauernhöfen, Mühlen, Seen Nachdem nämlich die Pröbste der Stifte und die Aebte der Klöster sehr willkührlich mit dem Stiftsgute zu schalten anfiengen, so

die Capitularen für die mit der stiftischen Administration verbundenen Bemühungen

wurde es oft vergeudet, während die Stifts - und Klostergeistlichen gering verpfleget, und innerhalb der Mauern darben mußten. Der Sinn der Wohlthäter kehrte sich daher ihnen ausschließend zu, und man machte theils eigene Stiftungen zu ihrem besseren Unterhalte, theils bestimmte man den Ueberschuß der Vermächtnisse dazu, welche man zum Troste seiner Seele zu machen gedachte. Und da in den frühesten Zeiten eine gewisse grundherrliche Abgabe in Oblaten, (Waffeln, Hippeln, oder einem ähnlichen Gebäcke) bestand, diese Abgabe aber als Zulage zu der gewöhnlichen Conventskost der Absicht der Wohlthäter zunächst entsprach; so ward auch das den Münstern und Klöstern zur bessern Nahrung verschaffte Gut mit dieser Abgabe belegt, und erhielt daher den Namen: Obleygut, oblegia, oblata, oblia. Dufresne sub h. v. und Durr de obediētiis et oblegiis mit Mayers Anmerkungen Tom. II. Die Stifts - und Klostergeistlichen erhielten nunmehr an gewissen Tagen Kuchen und Oblaten zum

zu belohnen. Daher war der Obleyen-Genuss mit dem Eintritte in das Capitul

Nachtische, und in der Folge bey weiterer Ausdehnung ein besonderes Gericht, einen besseren Trank, wie es die einzelnen Stiftungen mit sich brachten, solita praebenda propter hoc nullatenus diminuta, wie es in den hierüber gefertigten Urkunden bemerkt ist. Auf den Stiften hat sich der Gebrauch, an gewissen Tagen Kuchen und Oblaten zu vertheilen, bis in die jüngsten Zeiten, erhalten. Um zu verhüten, dafs Probste und Aebte dieses Obleygut nicht unter ihre Verwaltung ziehen, und die Convente des ihnen verschafften Vortheils berauben möchten, ward nunmehr überall ein eigener Oblegiarius aufgestellt, der dieses Gut zu besorgen, und den Ertrag desselben zum Frommen der Mitbrüder zu verwenden hatte. Ward ein Ersparniss gemacht, so ward dafür ein neues Obleygut angekauft. Otto I. Bischof zu Freisingen verfügt daher in instit. de utilitate Ecclesiae frisingensis vom Jahre 1158. Sancimus etiam atque confirmamus nobis universa bona... statuentes, ut ad usum praebendae

und dem überkommenen Sitz – und Stimmrechte verbunden, und da, wo der neu

vestrae, quam novam oblationem vocatis, cedant et omnia vobis quietas et inconvulsa permaneant. Sane qua et in praesenti ad eandem oblationem collata sunt et in futurum cuiusdam liberalitate conferentur, cuiquam beneficiari omnino prohibemus et praepositorum ab iisdem possessionibus dominium et ordinationem removeri volumus, sed sint in fratrum dispositione per officialem canonicum, quem ipsi statuerint, fideliter administranda. In den Monumentis Boicis Vol. XIII. pag. 224. kommt auch eine Bestätigungs-Urkunde des in dem Kloster Prüfingen errichteten Obley – Amtes vom Jahre 1280 vor, worin der Bischof den Prior des Klosters als Obellarius aufstellet, mit der Verfügung, daß nie ein Abt sich dieses Amt, noch sich die Einkünfte desselben beylegen solle, sondern es soll immerdar ein wohlthätiger Conventual dazu gewählt werden, der seinen Mitbrüdern das Ihrige gerne gönnte. Die Obleyen waren demnach ursprünglich ein Tafelgut der stiftischen und klöster-

aufgenommene Capitular zwar den Sitzungen beywohnen durfte, aber im ersten,

lichen Communitäten, bestimmt, die Stifts- und Kloster-Präbende, d. i. die gewöhnliche Kost zu verbessern und zu vermehren. Sie sind daher selbst nach der Absicht der Stifter eine Zulage zu der Pfründe, *supplementum praebendarum*, wie sie denn auch aus diesem Grunde auf verschiedenen Stiften den Präbenden einverleibt worden sind, wovon wir eben ein Beyspiel gesehen haben; denn die *beneficia claustralia* oder *choralia* sind keine andere, als die einzelnen Obleygüter, welche nach der Auflösung des gemeinschaftlichen Zusammenlebens den älteren Stiftsgeistlichen, *fratribus senioribus*, zur besonderen Verwaltung und Nutznießung zugeleget, nach ihrem Tode aber von den nunmehrigen Participanten *iure optionis* der Reihe nach übernommen worden sind. In den meisten aber ward dieses Obleygut seiner ersten Bestimmung gemäß, und weil besondere Obliegenheiten des Chors und Gottesdienstes damit verbunden waren, auch um das Andenken der Wohlthäter in ihren Stiftungen zu ehren, und

zweyten oder auch dritten Jahre noch keine entscheidende Stimme hatte, war auch bis dahin sein Mitgenuss an den Obleyen bedingt. In der Stiftskirche ad S. Joannem Evangelistam zu Würzburg waren überdieß gewisse Handlohns-Gefälle zur Vergütung der außerordentlichen Capitular-Bemühungen bestimmt. *)

Wenn aber nun der Deputationsschluss den Domicellaren im Gegensatze der Domicellaren

durch die Art der Vertheilung das Stiftsalter im Geiste der chrodogangischen Regel auszuzeichnen, als ein besonderes erhalten. Um jedoch den vielen Nachtheilen der Option und eigenen Verwaltung zu begegnen, ward wieder, wie ehedem, ein eigenes Obleyamt errichtet, und der Gesamt-Ertrag dieses Gutes immerdar zu gleichen Theilen unter den Capitularen vertheilet.

*) Cap. 18. statut: *Laudemia iuxta Ecclesiae huius statuta et consuetudinem utpote iura Capitularia ob laborum Ecclesiae extraordinariorum numerum solis Dominis capitularibus ad divisionem cedunt.* Thes. Nov. Tom. IV. pag. 307.

cellar - Präbende das Nachrücken in die Capituls - Pfründen vorbehält; sollte er das eigenthümliche Vorrecht dieser Pfründe, woher sie den Namen hat, und sich von der Domicellar - Präbende unterscheidet, ausgeschlossen haben? *) Dann bliebe die Capituls - Pfründe das nicht, was sie in den Stiften war, und statutenmäfsig seyn sollte — dann würden den Domicellaren gegen den Willen des Gesetzes die ihnen vorbehaltenen persönlichen und amtlichen Capitular - Verhältnisse in ihren rechtlichen Wirkungen, durch Entziehung der damit verbundenen Emolumente verweigert — dann verlöre das Nachrücken alle rechtliche Be-

*) Gregels Bemerkung diss. cit. pag. 14. ist ganz richtig, und beyde Sätze dürfen nur umgekehrt werden, um vollkommen hieher zu passen: Sicut officio Canonici ad capitulum recepti nova iura, novae obligationes adnectuntur, ita et beneficio Canonici per receptionem in Capitulum speciales fructus ad crescent, quin inde sequatur, novum illi beneficium conferri, aut eum duplex beneficium, nimirum canonici et capitularis obtinere.

deutung. Nicht also das Einkommen des corporis praebendae als des Haupt-Ertrages der Pfründe, welches doch eben nur einen relativen Begriff in Beziehung auf noch andere theilweis hinzukommende Einnahmen ausdrückt, sondern das ganze bisherige Einkommen, welches die Capituls-Pfründe als solche gemeinhin einbrachte, muß den nachrückenden Domicellaren rechtlich zugedacht werden, um 9 Zehntel desselben als ihre gesetzliche Sustentation auszuscheiden.

§. 18.

Ad g) Die nachrückenden Domicellaren können allerdings keine Einkünfte der stiftischen Dignitäten ansprechen, weil keine Dignität an und für sich mit einer Capituls-Pfründe verbunden war, sondern die Uebertragung derselben von einer freyen Wahl abhieng, und alle Capitularen gleiches Recht hatten, zu wählen und gewählt zu werden. Diefs war nicht der Fall mit den capitularischen Vertheilungen welche den Capitularen als Mitgliedern eines und desselben Collegiums zur Belohnung der von

der Stifts - Verwaltung unzertrennlichen Bemühung ausschliessend zugeleget worden waren. Rücken die Domicellaren in die vacirenden Capituls - Pfründen ein; so ist ihnen eben dadurch auch das Recht auf Sitz und Stimme im Capitul und folglich auf die damit verbundenen Emolumente und statutenmässigen Zulagen erworben, nach der Rechts - Regel: Accessorium sequitur principale, um so mehr, als diese Emolumente und Zulagen weder von einer Wahl, noch von der Gnade eines Probstes oder des Capituls selbst abhiengen, sondern lediglich auf den Eintritt in das Capitul bedingt, und höchstens nur durch gewisse Carenz - Jahre beschränket waren. Da insbesondere diese Obley - Vertheilungen keine Gefälle abgesonderter Beneficien sind, oder als solche genossen werden, vielmehr ursprünglich bestimmt sind, die gemeine Stifts - Pfründe zu verbessern; da ferner das Obleygut ein capitularisches Gemeingut ist, dessen Ertrag vom Anfange an den Capitularen je in gleichen Theilen beygeleget worden ist, um dem Hauptstocke ihrer Einkünfte zuzuwachsen; und da endlich

dieser Obley – Antheil nach dem Ableben eines Mitgliedes nimmermehr an das Stift heimfiel, sondern jedesmal nur von der erledigten Capituls – Pfründe sich abtrennte, um den übrigen Capituls – Pfründen gleichmäfsig zuzuwachsen; so folgt von selbst, dafs die Obley – Gefälle als Appertinenz – Theile der Capituls – Pfründe zu betrachten sind, und es ist wohl sehr klar, dafs die in die Capisuls – Pfründe nachrückenden Domicellaren, eben weil sie in eine Capituls – Pfründe nachrücken, die berechtigt ist, durch Obley – Gefälle einen Zuwachs zu erhalten, von diesem capitularischen Genusse nicht ausgeschlossen werden können, sondern Anspruch auf die Verabreichung von 9 Zehntel dieses Ertrages haben.

§. 19.

Ad h) Hieng die Theilnahme an den Obley – und übrigen capitularischen Gefällen in manchen Stiften nur von der Bedingung eines oder einiger Carenz – Jahre, die als Beschränkung das Recht selbst voraussetzen, und den Zufällen des Lebens und Todes,

wie der Gentus der Pfründe überhaupt ab. Diefs hindert aber die gesetzliche Ausmittlung der 9 Zehntel keinesweges. Entweder lassen sich diese Gefälle auf ein gemeinsames Jahr nach einem zehen oder zwanzigjährigen Durchshnitte zuruckbringen; oder wo diefs der Fall nicht ist, wie bey Vertheilung der durch den Tod erledigten Obley-Gefälle, so läßt sich entweder der bey den Stiften hergebrachte Calcul beybehalten, und in eintretenden Fällen in Anwendung bringen; oder auch, um nicht stäts ändern, und die Sustentation nach jedem Zuwachse reguliren zu müssen, so läßt sich das ganze Obley-Einkommen in so viele Theile abtheilen, als einzelne Participanten waren, und 9 Zehntel dieses Anthells jedem Nachrückenden ausscheiden. Die Capitularen haben indessen bey der Auflösung der Stifte die ausgleichende Summe von 200 und respective 100 fl, rh. angenommen, und damit dürften sich nun wohl auch die nachrückenden Domicellaren begnügen.

§, 20.

Ad i) Diefs will man zwar gegenwärtig

nicht mehr einräumen. Da indessen die Thatsache nicht geläugnet werden kann, so will man diese Zulage auf die etwaigen Rückstände beziehen, die entweder gar nicht vorhanden waren, oder durchaus jenen Werth nicht hatten, um nur mit einer lebenslänglichen, so beträchtlichen Zulage ausgeglichen werden zu können. Den Capitularen mußte unendlich mehr daran gelegen seyn, dafs bey Berechnung ihres Sustentations Gehaltes die so bedeutenden Obley – und andere capitularische Gefälle mit in Ansatz gebracht wurden, als der inexigiblen Rückstände zu erwähnen, nachdem man es ihnen zutrauen kann, dafs sie klug genug gewesen seyn werden, sie zu rechter Zeit selbst einzutreiben.

§. 21.

Dieß scheinen die wichtigsten Gründe zu seyn, aus welchen man glaubt, bey der Ausmittlung der Sustentation der in die Capituls – Pfründen nachrückenden Domicellaren von den Grundsätzen abweichen zu können, welche man ehevor bey Ausmittlung der Sustentation der damahligen Ca-

pitularen eingehalten hat. Nach der Ueberzeugung des Verfassers haben die nachrückenden Domicellaren einen gesetzlichen Anspruch auf das sämmtliche Einkommen der Capituls - Pfründe mit allen jenen Emolumenten, als einer besondern Zulage, welche den Statuten gemäß damit verbunden sind, und folglich auch auf eine gesetzlich gleiche Capitular - Sustentation. Seine Gründe sind in diesem Aufsatze zerstreut; er ziehet sie demnach nur im Kurzen zusammen.

a) Wird den Domicellaren das Nachrücken in die vacirenden Capituls - Pfründen, und zwar im Gegensatze der bisher genossenen Domicellar - Präbende durch das Gesetz vorbehalten; dieses Nachrücken aber drückt in der beybehaltenen stiftischen Rechtssprache, die sich aus dem gemeinen Rechte, de Præb. et Dign. c. 9. 19. gebildet hat, die volle Theilnahme an den daran geknüpften collegialischen Rechten im Chore und Capitul aus.

b) Besteht die Capituls - Pfründe nicht in dem sogenannten corpore prae bendae allein, sondern in allen jenen Zulagen und Genüssen, welche den Capitularen als Glie-

dern des stiftischen Senates durch die Statuten zugeleget waren, und daher nach collegialischer Gemeinschaft unter ihnen vertheilet worden sind. Der Deputationsschluss sagt daher auch nicht: Und sie erhalten hienächst das ganze corpus praebendae, sondern: Sie rücken hienächst in die vacirenden Capitulspfründen ein. Fordert man demnach von den Domicellaren vor dem Eintritte in die Capitulspfründe, dass sie alle in den Statuten vorgezeichneten Bedingungen erfüllen, und die hergebrachten Rechte erlegen; so wird eben dadurch die Verbindlichkeit stillschweigend anerkannt, auch die in den Statuten bezeichneten capitularischen Emolumente dem corpori praebendae capitularis beyzulegen.

c) Werden §. 54. des Deputationsschlusses jenen Capitularen, welche zur Zeit der Auflösung der Stifte noch gar keinen Genuss der Präbende hatten, ganz gleiche Rechte zugesichert, als denjenigen, welche sich wirklich schon im Genusse der Präbenden befinden. Diese Gemeinschaft der Collegialrechte und die vollkommene Gleichheit unter den Capitularen gehört nach al-

lem Rechte zu der Stiftsverfassung. Nun gehören aber die in das Capitul nachrückenden Domicellaren ganz in diese Kategorie; es müssen ihnen also auch ganz gleiche Rechte zugestanden werden. Diese Domicellaren hatten zur Zeit den Genuß der Capituls - Pfründe noch nicht, sondern es war ihnen lediglich unter der ertheilten Hoffnung des künftigen Einrückens in die Capituls - Pfründe mit einer *prae-benda minor* Vorsehung gethan.

d) Wollte von der Capituls - Pfründe, an die doch eben sowohl die Obliegenheit des Chores, als der collegialischen Theilnahme an den Stifts - Geschäften geknüpft war, jenes Einkommen ausgeschieden werden, das ihr als Zulage für diese besondere Bemühung zugetheilet worden war; so würde ein Unterschied zwischen Capitularen und Domicellaren, die Glieder eines und desselben Collegiums seyn sollten, aber nicht gleiche Rechte in choro und Capitulo mit einander gemein hätten, aufgestellt, was allem Collegial - Rechte entgegen ist: der Capituls - Pfründe, in welche die Domicellaren nachrücken sollten, würde das eigenthümliche

Vorrecht, das sie von der Capitular – Präbende specifisch unterscheidet, entzogen,

e) Zur Sicherung der persönlichen und amtlichen Verhältnisse der Stifts – Geistlichen und ihres anständigen und lebenslänglichen Unterhaltes ist die Reichsdeputation von dem Grundsatz ausgegangen, daß die stiftische Verfassung zur rechtlichen Beurtheilung dieser Verhältnisse und der Ausmittlung einer von Willkühr unabhängigen Sustentation als fortbestehend angesehen werden soll. Wenn dieselbe demnach verfügt, daß die Domicellaren in die vacirenden Capituls – Pfründen nachrücken sollen, und daher ein Fortbestehen des capitularischen Collegiums durch ein stätiges Ergänzen und Nachrücken der noch übrigen Domicellaren fictione juris annimmt; so müssen auch die capitularischen Collegialrechte als auf die Domicellaren ausgedehnt und auf dieselben übertragen gedacht werden, nach welcher Grundlage sofort auch ihre Sustentation regulirt werden muß. Und da endlich

f) das Gesetz aus der Absicht des Gesetzgebers als Mittel zum Zwecke zu er-

klären ist, der Zweck des Gesetzes aber die Erhaltung der persönlichen und amtlichen Verhältnisse des Stifts-Personals und die Sicherung ihrer Sustentation zu 9 Zehntel des statutenmäßigen Einkommens war; so müssen die Domicellaren, nachdem ihnen das Gesetz das Nachrücken in die Capituls-Pfründen zusichert, nicht nur rechtlich dafür gehalten werden, als besäßen sie eine Capitularstelle im Chore und im Capitul, sondern es muß auch zur Ausmittlung ihrer Sustentation eben sowohl das corpus praebendae capitularis, als auch das eigene capitularische, in Hinsicht der besondern Bemühungen dem corpori praebendae zugelegte Einkommen in Ansatz gebracht werden.

§. 22.

Der Verfasser darf es nun dem unbefangenen Leser überlassen, zu beurtheilen, auf welcher Seite Recht und Wahrheit sey; nur gibt er noch zu erwägen, daß der dreyfache Verlust der constitutionellen Existenz — des juris turni — und endlich der Hoffnung, nach dem Alter in Einkünften fort-

zurück, und diese Einkünfte aus der eigenen Verwaltung zu beziehen, viel zu groß sey, um durch irgend eine, auch noch so freygebige Sustentation, die doch überall unter der Hand der Liquidation gelitten hat, compensirt werden könne. Bey aller Sustentation nach der gesetzlichen Norm hat demnach die Stifts-Geistlichkeit dem Vaterlande ein großes Opfer bringen müssen, und wirklich gebracht.

Aus eben diesem Grunde kann sich aber auch der Verfasser nicht überzeugen, daß man von den Domicellaren ein noch größeres Opfer fordern könne, als was man selbst von den Capitularen verlangt hat, und das Gesetz ihnen zu machen auferlegt. Ungleich größer ist ihr Verlust an der verlorenen Aussicht in das Leben.

A n h a n g.

Auf eine ähnliche Weise, wie man das durch das Nachrücken in die Capituls-Pfründe den Domicellaren vorbehaltene Recht zu beschränken suchet, verweigert man ihnen auch den annus gratiae, oder wie die Statuten sich auch ausdrücken, die praebenda gratiae oder Todten - Pfründe, d. i. das Recht der Hinterlassenschaft des Präbendirten, die im Leben genossene Pfründe noch ein Jahr lang nach dem Tode zu beziehen. In einigen Stiften war dieser Nachgenuß der Präbende mehr oder weniger ausgedehnet. Es war eine Mafsregel theilnehmender Liebe und Vorsorge, um den ablebenden Brüdern einiges Vermögen vorzubehalten, von dem sie im unglücklichen Falle einer Verarmung ehrbar zur Erde könnten bestätigt, ihre Gläubi-

ger befriediget, und zum Heile ihrer Seele eine angemessene Verfügung könnte getroffen werden. Diese Einrichtung, die eben so weise, als human war, beruhte auf den domicellarischen Carenz - Jahren, während welcher das Stift die Einkünfte der Domicellar - Pfründe bezog, um zu gleicher Zeit, als es die Verbindlichkeit des zu leistenden anni gratiae über sich nahm, sich in den Stand zu setzen, diese Verbindlichkeit auch leisten zu können. *)

*) Es kann nicht mißfallen, den Geist dieser Statute näher zu kennen. Ich mache demnach aus Würdtwein subs. dipl. und Mayers nov. Thes. einige Auszüge. In den Statuten der Kirche zu Braunschweig vom Jahre 1442 heisst es: *Omnes seu quivis tempore obitus quoad illos duos annos gratiae sequentes pro praesentibus reputentur.* In den Statuten der Collegiat - Kirche ad D. Virg. zu München: *Quorum fructuum loco, die der junge Domicellar im ersten Jahre entbehren mußte, cuilibet ex canonicis*

Man sagt zwar dagegen, die Landesfürsten seyen den ehevorigen Präbendirten,

ad fructus praebendae iam actu admisso post suum ab hac terra digressum anni fructus proxime tunc sequentis, quos nonnulli annum gratiae adpellant, recte debiti erunt. Die älteren Statuten der Domkirche zu Regensburg: Proventus anni gratiae cuiuslibet nostri Canonici decedentis, si sit frater capituli, summam XV. librarum denariorum Ratisbonensium attingere debet et complere, widrigen Falls soll sie aus den Einkünften des zweyten Jahres ergänzt werden, cedatque sive pro anniversario defuncti, sive in solutionem debitorum suorum vel in honestos quoscunque alios usus. In dem Collegiatstifte zu Straubingen zahlte das Capitul pro praebenda gratiae 100 fl. rh., wovon 60 fl. für einen Jahrtag abgezogen wurden, wofern der Verstorbene nicht einen gestiftet hatte. In den Statuten der Collegiat-Kirche zum neuen

so lange sie lebten, lediglich eine angemessene Sustentation schuldig, als todte

Münster zu Würzburg: Ex speciali privilegio ao. 1563. a D. Ordinario concessa, quilibet canonicus praesens et choro inserviens etiam post obitum suum adhuc per integrum annum omnes praebendae suae fructus et singulas divisiones ad corpus spectantes integraliter, acsi viveret, trahere et percipere potest, ac re ipsa trahit ac percipit. Insuper et 30 dies post mortem familia eius relicta quotidiana competentia in vino et pane fruitur. Ordinatio haec vere pia in eum colimat finem, ut casu, quo quis obtenuitatem reddituum perceptorum et tempora incidentia calamitosa in debita incidisset, de fructibus huius anni creditoribus satisfiat, 2do propter annos carentiae. In den Statuten des Collegiatstiftes Beromünster in der Schweiz v. J. 1694. Cuilibet canonico cedenti vel decedenti cedant post mortem suam de anno gratiae, qui dici-

bedürften sie ihrer nicht mehr ; auch könne denselben nicht angesonnen werden,

tur primus, fructus eiusdem praebendae, apud nos divisiones dictae — cum enim fructus primi anni ratione annorum carentiae, in quibus vere habuit ius et titulum beneficii, (non) recipiat, non videtur illis privandus sed de praedictis fructibus primi anni participare modo supra memorato, a prima die videlicet obitus vel recessus usque ad eandem diem sequentis anni eosque in vita sua vel in morte ad pios usus, ad suum anniversarium legare vel donare vel dare poterit suis creditoribus vel amicis, quod ita intelligi debet, ut post obitum vel discessum primo, fructus anni gratiae participet, tanquam cadentes sub primum meritum, quos scilicet in annis carentiae ante coeptam residentiam deserviit, recitando breviarium . . . In den Statuten des ehemaligen Ritterstiftes zu Wimpfen: Item statuimus et ordinamus, ut quicumque in dicta Eccle-

ihre Hinterlassenschaft und durch sie ihre Erben zu bereichern; die Verabfolgung ei-

sia nostra in canonicum via obitus receptus fuerit, tribus primis annis expectare et fructus praebendae suae primi anni, qui dicitur annus gratiae, cedat defuncto possessori, reliquum autem duorum annorum fabricae Ecclesiae. In den Statuten Eccl. colleg. B. Mariae Virg. in der Vorstadt zu Worms: Statuimus et ordinamus, quod quilibet canonicus in plena fructuum perceptione praebendae suae existens .. decedens habeat annum gratiae pro anniversario suo duntaxat deputando; nisi de aliis suis bonis per eum derelictis suis creditoribus, si quos habuerit, satisfieri haud posset, eo tunc de anno gratiae huiusmodi dictis creditoribus, quantum se extendit, satisfieri debet. Im Jahre 1349. machte der Bischof und das Capitul zu Minden das Statut, daß Probst, Dechant, jeder Dignitar und einfache Capitular die bezoge-

nes anni gratiae sey Gnadensache gewesen, und die etwaige Forderung der Domicellaren werde durch die bessere Sustentation reichlich vergütet. Allein diese Einwendungen, die nicht ernstlich seyn können, fallen von selbst. Man darf nur bemerken, dafs die Verbindlichkeiten, welche die Stifte auf sich genommen hatten, gleich einer Schuld auf die neuen Besitzer derselben übergegangen seyen ; — dafs das Recht

nen Einkünfte noch 2 Jahre nach dem Tode fortbeziehen soll, ad debita persolvenda, et ut suae familiae de laboribus et servitiis impensis satisfiat, et quidquid ad exequias pertinet, inde fiat. Der Eingang heifst: Inter curas et sollicitudines fidelis animae, cupientis operari salutem, haec non minima esse videtur, iugiter et cum intentione debita cogitare, qualiter peccatis per poenitentiam debitam emendatis per debitorum solutionem creditori cuilibet satisfiat, et sic anima decedentis cum fiducia suo valeat reddi creatori.

des anni gratiae allen Präbendirteu durch die Aufnahme in das Stift und die erstandenen Carenz - Jahre titulo oneroso wohl erworben sey; — dafs der Ersatz oder vielmehr die stipulirte Erfüllung der übernommenen Verbindlichkeit nicht titulo sustentationis, sondern vermöge des auf den stiftischen Statuten beruhenden stillschweigenden Vertrages gefordert werde; — sofort dafs der Ertrag dieses Jahres zu dem Privat - Eigenthume der betreffenden Individuen bereits gehöre, und vor Auflösung der Stifte gehöret habe, und dafs es endlich sehr befremden müfste, wenn die landesfürstlichen Kammern den neu aufgeschwornen Kanonikern die Carenz - Jahre noch ferner auflegen wollten, ohne ihrer Seits des Sinnes zu seyn, die Obliegenheit zu erfüllen, die die Stifte zu übernehmen feyerlich sich anheischig gemacht hatten.

Die Benennung des Gnaden - Jahres deutet keines Wegs auf eine von blofser Gnade abhängende Bewilligung hin, obgleich die ganze Anstalt in der sympathetischen Theilnahme und der menschlichen

Täuschung, den Verstorbenen noch in der Mitte zu zählen, und das Seinige fortgenießen zu lassen, den ersten Grund gehabt zu haben scheint. Ohne Dazwischenkunft einer bischöflichen Dispense oder Gnade konnte diese von den Canonen der Kirche dem Scheine nach so sehr abweichende Einrichtung nicht getroffen werden; denn die Beneficien der Kirche sind für die Lebenden, die die daran geknüpften Dienste erfüllen können, und nicht für die Todten, die diese weder leisten, noch jene besitzen können. Daher die Benennung des Gnaden - Jahres oder der Todten - Pfründe, die zum Wohle der Stifts-Kirchen selbst (denn sie ward dadurch keines Wegs beschädiget) noch mehr aber um der Ehre des Standes willen und zum Troste und zur Seelenruhe der Präbendirten, während sie lebend daran dachten, errichtet und eingeführet worden ist.

Da endlich die Sustentation den Präbendirten für den Verlust der Stifts - Pfründe und den jährlichen Ertrag derselben zugesichert ist, und nur dafür verabreicht

wird; so läßt sich nicht absehen, wie darin die Vergütung für das Sterbe-Jahr oder des anni gratiae mitbegriffen seyn könne — die Sustentation tritt lediglich an die Stelle des Pfründen-Genusses; so wenig also bey dem Fortbestehen des Stiftes der annus gratiae durch diesen ungleich besseren Pfründen-Genuss vergütet worden wäre, oder nach der Anordnung der Stifte hat vergütet werden sollen, so wenig kann diese Verbindlichkeit, als durch Sustentation getilget, angesehen werden.

Der Verfasser schließt mit der Bemerkung, daß dieser annus gratiae, wie das Obley- und Capitul-Wesen überhaupt aus der klösterlichen Verfassung hervorgegangen sey. An dem Platze, welchen der Verstorbene am Tische einnahm, wurden dreyßig Tage hindurch noch die Speisen, wie ehevor, aufgetragen, und dann den Armen gereicht. Diefs gehört zu den Zügen der Humanität, welche sich in den Klöstern entwickelt, und auf den Stiften ansgebildet hat. Man feyerte den Todestag eines lieben Angehörigen in jeder Zeit-

Abtheilung, die unmittelbar darauf folgte,
— der Woche, dem Monathe, dem Jahre;
daher noch der siebente, der dreyßigste
und der Jahrestag in der kirchlichen Tod-
tenfeyer; daher dann auch der annus
gratiae.

Über die Sustentation der in die Capituls-Pfründe nachrückenden
Domicellaren

Bamberg u.a. 1812

J.can.p. 989

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10546965-4